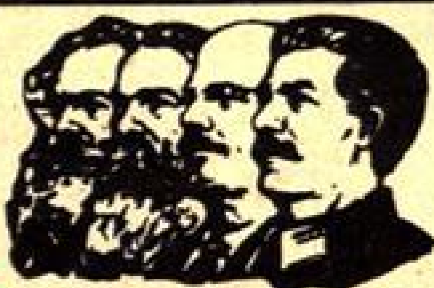
Ist Vietnam ein Vorposten Moskaus? **Seite 10/11** 1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



RUB Bochum Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew. 52D 3426

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 20, 18. Mai 1979 13. Jahrgang 1 DM

Nach zweieinhalb Wochen in Stasi-Gefängnissen

Kommunisten aus DDR-Haft frei!

Die Genossen Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke sind frei! Sie wurden am 10. Mai nach zweieinhalb Wochen DDR-Haft entlassen. Ihre Freilassung ist ein Ergebnis des Kampfes der gesamten Partei, der Roten Garde und vieler fortschrittlicher Menschen.

Der 30jährige Berliner Wolfgang Geißler und der 23jährige Bremer Reinhard Schimke waren am 22. April in der DDR verhaftet worden. Angeblich verhaftet wegen Zollvergehen, verhaftet in Wirklichkeit, weil sie Kommunisten, Mitglieder der KPD/ML sind. Weil sie — wie Wolfgang Geißler — Exemplare des „Roten Morgen" Ausgabe DDR bei sich trugen. Wolfgang und Reinhard wurden während der Haft langen Verhören seitens des Staatssicherheitsdienstes der DDR ausgesetzt.

Nachdem ihr die Verhaftung der beiden Genossen bekanntgeworden war, nahm die KPD/ML sofort und umfassend den Kampf auf. Das Politbüro der Partei appellierte in einem Aufruf an alle Genossen und Freunde der Partei, an alle Rotgardisten, an alle demokratisch gesinnten Menschen, für die Freilassung von Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke aus der DDR-Haft zu kämpfen. In den Straßen der Städte, vor den Toren der Betriebe wurden Flugblätter verteilt. Plakate mit



Mahnwache der Partei vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn

den Bildern der beiden Genossen machten überall die Bevölkerung auf den Fall aufmerksam. In Westberlin und Bremen gab die Partei Pressekonferenzen. Vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn forderten Genossen die Freilassung von Reinhard und Wolfgang. In zahlreichen Protestanrufen bei der Ständigen Vertretung der DDR und bei der Obersten Staatsanwaltschaft in Ostberlin drückten Freunde und Genossen der Partei ihre Empörung aus.

Wolfgang und Reinhard sind frei! Dies ist ein Sieg, den die Partei und die Rote Garde, den ihre Genossen und Freunde, den demokratisch gesinnten Menschen durch ihren Kampf errungen haben!

(Interviews mit Reinhard Schimke und Wolfgang Geißler auf Seite 3)

Solex-Westberlin

Massenentlassungen geplant

Die Kapitalisten der Pierburg-Gruppe, zu der Solex gehört, haben die Kollegen skrupellos hintergangen. Sie haben die ursprünglich für Westberlin vorgesehene Produktion eines neuen Vergasertyps in die Bundesrepublik vergeben.

Wenn nun Mitte des Jahres die Produktion des alten Typs ausläuft, werden 300 Kollegen entlassen. Die Kapitalisten nutzen bei der Rationalisierung das Berlinförderungsgesetz. Kapitalintensive Produktionsstätten wie Gießerei, Automatendreherei und Entgraterei, die zwar wenig Arbeitskräfte benötigen, aber einen teuren Maschinenpark erfordern, verbleiben in Westberlin. Dafür gibt es nämlich 25 Prozent Investitionshilfe bar auf die Hand. Weiter können 75 Prozent der Investitionen abgeschrieben werden. Vergasermontagebänder etc. werden nach Westdeutschland verlagert.

Wenn dieser Prozeß nach dem Plan der Kapitalisten abgeschlossen sein wird, ist die heute 1.400 Mann starke Belegschaft auf 700 bis 600 reduziert. Immer wieder gibt die Bourgeoisie staatliche Investitionshilfen als Mittel der Arbeitsplatzsicherung an, und immer wieder zeigt sich, daß das genaue Gegenteil zutrifft. Staatliche Investitionshilfen beschleunigen die Arbeitsplatzvernichtung, weil die Kapitalisten damit den Rationalisierungsterror finanzieren. Neuesten Meldungen zufolge sind die Massenentlassungen von 300 Kollegen von Juli auf September verschoben worden.

Salt-II-Verhandlungen abgeschlossen

Rüstungswettlauf geht weiter

Die Regierung der USA gab am Mittwoch, den 9. Mai in Washington die Einigung bei Salt II bekannt. Für Mitte Juni ist ein Gipfeltreffen von Carter und Breschnew geplant. Dort soll das Abkommen unterzeichnet werden.

Das Salt-II-Abkommen regelt die Begrenzung strategischer Vernichtungswaffen, das heißt Raketen mit Atomsprengköpfen, mit denen sich die beiden imperialistischen Supermächte gegenseitig zerstören können. Bis 1981 müssen die Herren in Washington und Moskau die Zahl der Abschußvorrichtungen auf 2250 reduziert haben. Besonders die Revisionisten in Moskau bejubeln gerade diesen Punkt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Rüstungswettlaufs sei eine echte Waffenreduzierung gelungen.

Das ist eine glatte Lüge. Im gleichen Vertrag wird die Erprobung und der Einsatz neuer atomarer Vernichtungswaffen geregelt. Aber selbst wenn es sich um eine echte Reduzierung handeln würde, so wäre das eine rein statistische Größe, die nichts mit der Verminderung der Kriegsgefahr zu tun hätte:

Immer noch reicht das atomare Rüstungspotential der Supermächte, die ganze Welt in Schutt und Asche zu legen. Zurückweisen müssen wir auch alle Versuche, das Salt-II-Abkommen als einen Trick hinzustellen, mit dem die russischen Sozialimperialisten die amerikanischen Imperialisten übertölpelt hätten. Das ist nichts als ein Manöver, die Massen unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Feind im Osten unter die Knute des Feindes im Westen zu bringen. Nach wie vor sind die beiden imperialistischen Supermächte gleichermaßen die schlimmsten Feinde der Menschheit.

Warnstreik gegen Arbeitsplatzvernichtung

Das Rheinkabelwerk in Köln, das zum SEL-Konzern gehört, soll bis zum Ende des nächsten Jahres dichtgemacht werden. Das ging aus der Bilanzpressekonferenz des Konzerns in Stuttgart hervor. Insgesamt 700 Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die Kollegen reagierten auf diese Hiobsbotschaft mit einem einstündigen Warnstreik. Etwa 700 Kollegen der Früh- und Mittagsschicht legten die Arbeit nieder, verließen die Werkshallen und blockierten die Zufahrtsstraßen. Die Ortsverwaltung der IG Metall ließ ein Flugblatt verteilen. „Hier hilft nur Protest und Kampf. Kampf um jeden Arbeitsplatz!" Die Kollegen von Rheinkabel haben die erste Kostprobe ihrer Kampfentschlossenheit gegeben.

USA drohen mit Krieg

„Ich würde den Gebrauch militärischer Stärke zur Verteidigung unserer lebenswichtigen Interessen in diesem Gebiet nicht ausschließen", äußerte US-Kriegsminister Brown vor einem Ausschuß bei der Erörterung der Lage im Nahen Osten. Konkret gemeint ist ein militärischer Einsatz bei den saudi-arabischen Erdölquellen, die eine wichtige Profitquelle für die amerikanischen Multis sind. Die amerikanischen Imperialisten sind erbost darüber, daß die saudische Regierung den von Carter ausgehandelten Separatfrieden nicht bedingungslos unterstützt.

Textilabschluß im Bezirk Nordrhein

Die 47000 Beschäftigten des Textiltarifbezirks Nordrhein erhalten rückwirkend vom 1. Mai an 4,1 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Damit ist kaum die für dieses Jahr vorausgesagte Inflationsrate von mindestens vier Prozent abgedeckt. Bis 1981 sollen sechs Wochen Urlaub für alle erreicht sein. Nicht durchgesetzt wurde der Zusatzurlaub für Schichtarbeiter.

Albanienreportage

Auf der Seite 8 veröffentlichen wir die Reportage eines Genossen unserer Partei, der das Erdbeben in Albanien an Ort und Stelle miterlebt hat.

Katastrophenalarm in Garching

Großbrand neben Atomreaktor



Während die Bundesregierung mit einem neuen Propagandafeldzug zugunsten der Atomenergie begonnen hat (siehe Seite 2, 4. Spalte oben), wurde in Garching bei München wegen eines Großbrandes im Max-Planck-Institut Katastrophenalarm gegeben. In den Labors befanden sich einige hochexplosive Gasflaschen und radioaktives Material! Wären die Flaschen explodiert, ein nur hundert Meter entfernter Atomreaktor wäre in Mitleidenschaft gezogen worden. „Es herrschte zeitweise eine Stimmung wie in Harrisburg", berichtete ein Beobachter. Und tatsächlich: genauso wie in Harrisburg-nach Auskunft der Behörden-zu keiner Zeit Menschenleben in Gefahr waren, so hat es sich auch in Garching um „eine ganz harmlose Angelegenheit" gehandelt.

Peking fordert „Lektion für Kuba"

Ji Pengfei, stellvertretender Vorsitzender des chinesischen Volkskongresses und Mitglied des Zentralkomitees der KP Chinas, empfahl amerikanischen Geschäftsleuten im Beisein von Vertretern der Nachrichtenagentur AP, die imperialistischen Streitkräfte der USA sollten „Kuba eine Lektion erteilen".

Ausdrücklich stellte er dabei den chinesischen Überfall auf Vietnam als Vorbild dafür hin. Weiter sagte er mit einer kaum noch zu überbietenden großmachtchauvinistischen Arroganz gegenüber dem heldenhaften vietnamesischen Volk: „Wenn wir Vietnam diese Lehre nicht erteilt hätten, wäre der kleine Hegemonist Amok gelaufen."

Ji Pengfei beließ es aber nicht bei der Empfehlung, die USA sollten nach chinesischem Vorbild eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Kuba vom Zaune brechen, er gab präzise Ratschläge für die „Lektion". Die militärische Aktion solle nicht an Kubas Grenzen stattfinden, „sondern vielleicht anderswo wie beispielsweise Afrika."

Nachdem die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion eher im Verborgenen ihre Intrigen und Pläne auf dem schwarzen Kontinent schmiedeten und manche bewaffnete Auseinandersetzung anzettelten, haben die chinesischen Sozialimperialisten offensichtlich sämtliche Hemmungen verloren. Offen hetzen sie die Völker in kriegerische Konflikte.

Kürzlich gaben sie ein weiteres Beispiel für ihre zutiefst reaktionäre, volksfeindliche Gesinnung. Den Ausgang der englischen Wahlen werteten sie als Appell für die stärkere Einheit des Westens, für die Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft. Die abenteuerliche Politik der chinesischen Führer ist eine große Gefahr für den Weltfrieden.



Deng Xiaoping, der Freund der amerikanischen Imperialisten, ein internationaler Provokateur



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML zum Thema:

Kommunismus in der Krise?

Wieder einmal unkt die Bourgeoisie in Presse, Funk und Fernsehen über die „Krise", in die der Kommunismus angeblich geraten sei. Der Krieg zwischen China und Vietnam; der immer offener zutagetretende sozialimperialistische Charakter Chinas, aber auch die zunehmende Zersplitterung der „linken" Bewegung in unserem Land; diese und andere Dinge mehr bietet uns die Bourgeoisie als „Tatsachenmaterial" für ihre These über den „Untergang des Kommunismus" an.

Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, nahm eine Veranstaltung in Kiel zum Anlaß, um auf diese Spekulationen der Bourgeoisie zu antworten. Wir drucken im folgenden einige kurze Auszüge aus seiner Rede ab. Nachdem Genosse Ernst Aust auf die Situation in Indochina eingegangen war, fuhr er fort:

„Die Bourgeoisie behauptet: ‚Seht ihr, der Sozialismus läßt sich eben nicht durchführen. Den neuen Menschen, den ihr schaffen wollt, wird es nie geben.' Und auch viele ehrliche Arbeiter in den Betrieben halten den Sozialismus für ein großes Ideal, glauben aber nicht daran, daß er sich in der Praxis verwirklichen läßt. Sie sagen uns: ‚Immer wieder werden Menschen versuchen, sich auf Kosten anderer ein gutes Leben zu machen: Es gab die große Sowjetunion Lenins und Stalins; es kamen Chruschtschow und Breschnew und haben sie zerstört. Dann haben wir gedacht, China würde es schaffen. Jetzt sagt ihr uns, China war nie wirklich sozialistisch. Und wer garantiert uns, daß nicht auch Albanien, das einzige sozialistische Land auf der Welt, wie ihr sagt, nicht entarten, daß dort nach Enver Hoxha nicht ein albanischer Chruschtschow kommen kann?'

Was sollen, was können wir darauf antworten? Wir sagen diesen Kollegen: Das garantiert uns niemand. Wir hoffen, wir haben das feste Vertrauen, daß Albanien diesen Weg nicht gehen wird.

Denn wir kennen die albanische Partei, wir kennen das albanische Volk und wir kennen die unverbrüchliche Einheit zwischen der Partei und dem albanischen Volk. Aber garantieren? Nein, das können wir nicht.

Wir müssen uns von der Vorstellung freimachen, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Sache von einigen Jahrzehnten ist. Immerhin hat der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus einige Jahrhunderte gedauert und ist bis heute noch nicht vollständig abgeschlossen. Warum sollte der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, zum Kommunismus wesentlich schneller vor sich gehen? Zumal es sich hierbei nicht einfach um die Ablösung einer Klassenherrschaft durch die andere, sondern um die Beseitigung aller Klassen überhaupt handelt. Und doch gibt es einen Unterschied: **Wir haben eine Waffe, die uns hilft, schneller zu siegen, den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, den es damals nicht gab.**

Dennoch kann diese Waffe, darüber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung nicht außer Kraft setzen. Zum Beispiel diejenige, daß der Mensch ein Produkt seiner Umwelt und seiner Erziehung ist. Können wir denn erwarten, daß dieser Mensch, der seit Jahrhunderten zum Egoismus, zum Eigennutz, zum Karrierismus erzogen wurde, im Sozialismus sein Denken von heute auf morgen ändert? So dringen in ein sozialistisches Land nicht nur die kapitalistischen Einflüsse von außen her ein, sondern auch von innen her. Beides macht die Ausübung der Diktatur des Proletariats absolut notwendig. Die Diktatur über den Klassenfeind, gegen die entmachteten Kapitalisten, aber auch die Diktatur gegen bürgerliche, egoistische, karrieristische Elemente, die sich über das Volk stellen wollen.

Die ehemals sozialistischen Länder sind vor allem deshalb entartet, weil die Arbeiterklasse ihre Diktatur nicht energisch und allseitig genug ausgeübt hat. Diese Erkenntnis haben wir aus der Vergangenheit gewonnen und mit vielen Rückschlägen und Opfern bezahlen müssen. Aber wir wissen heute, worauf es ankommt: **Auf die Errichtung einer eisernen Diktatur des Proletariats gegen alle Feinde des Sozialismus, ohne die es auch keine echte und breite Demokratie für das Volk geben kann.**

***

Sicher, man kann verstehen, daß sich angesichts dieser Situation: der Niederlagen des Weltproletariats durch den Verrat der modernen Revisionisten; der Zersplitterung der ‚linken' Bewegung in unserem Land; der noch vorhandenen mitgliedermäßigen Schwäche unserer Partei bei vielen Kollegen und auch bei einzelnen Genossen eine gewisse Resignation breitmacht. Doch was für Kommunisten wären wir, wenn wir uns von solchen Stimmungen beeinflussen ließen. Den Unkenrufern der Bourgeoisie sei gesagt:

Wir sind keine ‚Salonbolschewisten', Kommunisten auf Zeit, die in einer Art jugendlicher Sturm- und Drangperiode für den Sozialismus sind, um dann, wie so viele der sogenannten Linken, der sogenannten K-Gruppen, wenn sie eine Familie gründen, die Kinder kommen und eine wohlgeordnete bürgerliche Laufbahn winkt, sich auf ungefährliche revisionistische Pfade oder ins bürgerliche Leben zurückziehen nach dem Motto: ‚Pappi war auch mal dabei.'

Über das ‚Kommunismus-in-der-Krise-Gerede' der Bourgeoisie haben sich schon Marx und Engels lustig gemacht. Der Kommunismus, der Marxismus-Leninismus, der wissenschaftliche Sozialismus in der Krise? Seit wann kann eine Wissenschaft in die Krise geraten? Denn daß der Kapitalismus untergehen und der Sozialismus siegen wird, das ist keine Wunschvorstellung irgendwelcher Utopisten und Schwärmer. Das ist eine eherne Gesetzmäßigkeit der Geschichte. Wie die Schwerkraft nicht in eine Krise geraten, wie das Wasser nicht plötzlich den Berg hinauffließen kann, so kann auch der wissenschaftliche Sozialismus nicht in die Krise geraten. Unwiderruflich wurde der Untergang des Kapitalismus, des Imperialismus 1917 mit den Geschützsalven der Aurora auf das Winterpalais des Zaren in Petersburg eingedonnert. Seitdem leben wir im Zeitalter des Untergangs des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Nicht der Kommunismus ist in der Krise. In der Krise ist der Kapitalismus!

Aus dem Inhalt

Krisenzentrum an Rhein und Ruhr....S.4
Weniger Beschäftigte — gestiegene Produktion....S.4
Klöckner: Erfolg im Kampf für Arbeitszeitverkürzung....S.4
Erfolg im Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit....S.5
BASF:Menschenleben zählen nicht....S.5
Weg mit dem Bonner Überwachungssystem....S.7
Nazis raus aus Tuttlingen und anderswo....S.7
Albanien: Das Erdbeben erschütterte unsere Berge, aber nicht unsere Herzen!....S.8
So wurde Deutschland gspalten Teil2....S.9

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.



Der Kanzler ist entschlossen, das Atomprogramm der Bundesregierung gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchzuboxen.

Bundeskonferenz der AKW-Gegner in Göttingen

Der Kampf geht weiter!

Etwa 1500 Teilnehmer berieten am ersten Maiwochenende auf einem Bundeskongreß der AKW-Gegner in Göttingen weitere Schritte gegen das Bonner Atomprogramm. Sie vertraten mehr als 200 Bürgerinitiativen.

Für Pfingstsonntag wurden Demonstrationen in zehn europäischen Ländern vereinbart, vor allem in grenznahen Gebieten, wo das Atomprogramm der betreffenden Regierung auch Bewohner anderer Länder gefährdet. Für unser Land sind Kalkar, Grohnde, Esensham und Gorleben vorgesehen.

Im September wird die Bundeshauptstadt Bonn Schauplatz einer Großdemonstration. Die AKW-Gegner wollen über 100 000 Menschen mobilisieren.

Wie wichtig der verstärkte Kampf der Bürgerinitiativen ist, zeigt die aktuelle Haltung der Bonner Parteien und der Regierung. Die Harrisburger Ereignisse sind gerade erst vorbei, doch die Herren lassen nicht den geringsten Zweifel daran, daß sie ihr Atomprogramm, das Energieprogramm der Kapitalisten, unter allen Umständen durchsetzen wollen. Auf dem Landesparteitag der FDP wurde ein Antrag der Jungdemokraten nach Stillegung aller AKWs und Verbot des Baus von Wiederaufbereitungsanlagen abgeschmettert. Die Jungdemokraten bezeichneten das Atomprogramm völlig zu Recht als „technisch und moralisch verantwortungslos".

Bundeskanzler Schmidt äußerte sich im Rahmen der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg am 7. Mai. Für ihn sei der Verzicht auf Kernenergie undenkbar. Er fügte der langen Liste demagogischer Argumente ein weiteres hinzu, das ebenso zynisch wie erpresserisch ist.

Ausreichende Energieversorgung sei zu einem wesentlichen Element der Friedenserhaltung in der Welt geworden. Damit spielt er auf die jüngsten Äußerungen des amerikanischen Kriegsministers an, die USA würden bei der Verteidigung der arabischen Ölquellen auf militärische Aktionen nicht verzichten. Das deutsche Volk soll wählen: **Entweder einen von den Amerikanern provozierten Waffengang, der in einen neuen Weltkrieg führen kann, oder die ständige Bedrohung, in einem radioaktiv verseuchten Land qualvoll zu sterben.**

Die wirkliche Alternative: Das Energieprogramm muß vor allem auf die nationalen Kohlevorkommen ausgerichtet sein, die etliche Jahrhunderte reichen. Auf dieser Basis kann in aller Ruhe nach alternativen Möglichkeiten der Energiegewinnung geforscht werden. Doch Argumenten waren die Kapitalisten und ihre Regierung in Bonn noch niemals zugänglich. Das Atomprogramm muß niedergekämpft werden.

Welthandelskonferenz in Manila

Streiterei im Kabinett

Am 7. Mai wurde die fünfte Welthandelskonferenz (Unctad) in der philippinischen Hauptstadt Manila eröffnet. Die Beratung von Vertretern aus 159 Staaten findet auf dem Hintergrund des sogenannten Nord-Süd-Dialogs statt.

Zur Eröffnung wurde die Bundesrepublik vom Grafen Lambsdorff vertreten. Vorher hatte es in der Bonner Ministerrunde eine scharfe Kontroverse um die Höhe der westdeutschen Entwicklungshilfe gegeben. Nach einer internationalen Übereinkunft wird von jeder Industrienation erwartet, 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe aufzuwenden. Bonn zahlt bisher weniger als die Hälfte. Fast alle Minister traten dafür ein, die Regierungen der Entwicklungsländer durch eine deutliche Erhöhung dieses Etats versöhnlich zu stimmen; sie scheiterten aber an der harten Haltung des Kanzlers.

Bekanntlich dient die sogenannte Entwicklungshilfe keineswegs dem Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft in den Entwicklungsländern. Sie ist vielmehr ein Mittel zur weiteren Versklavung der Völker und zur Steigerung der Monopolprofite. **Wer durch diese Hilfe tatsächlich entwickelt wird, sind die zahlreichen korrupten reaktionären und faschistischen Cliquen, die den Völkern der Welt im Auftrag des Monopolkapitals im Nakken sitzen.**

Es ist purer Unfug, die Dinge so hinzustellen, als handele es sich bei den Widersprüchen im Kabinett darum, ob man die Konfrontation oder den Dialog mit der „Dritten Welt" suche. Offener Druck oder Bestechung, das ist die Frage, die in Bonn umstritten ist.

Neuer Anlauf in Richtung Bundespolizei

Nach Ansicht des Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses, Axel Wernitz (SPD), soll der Fahndungsdienst der Bundesbahn und die Bahnpolizei zu einer Bundespolizei umfunktioniert werden. Zur Begründung führt Wernitz an, in den konspirativen Wohnungen der Terroristen seien häufig Kursbücher gefunden worden.

Neo-Faschist kann Beamter bleiben

Da es nicht genügend Beweise für die Verfassungsfeindlichkeit der NPD gäbe, kann der Mannheimer Oberstudienrat Dekkert, Mitglied dieser Partei, im Schuldienst bleiben. Damit schloß sich der Disziplinarsenat einer Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtshofs von Baden Württemberg an. Dieselbe Kammer konnte es jedoch nicht verantworten, daß der Lehrer Fritz Güde, ehemaliges Mitglied des KBW, in den Schuldienst übernommen wurde.

„Totenkopfdivision" gemeinnützig?

Die Registrierstelle des Aschaffenburger Amtsgerichts hat die SS-Truppenkameradschaft „Totenkopf" als „gemeinnützig" anerkannt. Somit kann dieses Sammelbecken alter und neuer Nazis als „förderungswürdig" eingestuft werden. Diese Entscheidung ist ein Schritt mehr zur völligen Rehabilitierung aller Nazi-Verbrecher. Das Nürnberger Kriegstribunal hatte die SS-Totenkopfverbände als kriminelle Vereinigung eingestuft.

Mehrwertsteuererhöhung endgültig

Nachdem der Bundesrat Änderungsanträge von Bayern und Baden-Württemberg zur Mehrwertsteuererhöhung abgelehnt hat, tritt die Steuererhöhung von 12 auf 13 Prozent endgültig am 1. Juli in Kraft.

Schmidt in Bulgarien

Bundeskanzler Schmidt stattete am 2. Mai dieses Jahres Bulgarien einen dreitägigen Besuch ab. Während verschiedener Gespräche, die er mit Staats-und Parteichef Schifkoff führte, gab er seiner Hoffnung Ausdruck, die Beziehung zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien mögen sich in jeder Hinsicht festigen und vertiefen.

Dieser Besuch des Kanzlers dient keinesfalls der Sicherheit und Entspannung, wie es un die DKP-Zeitung „Unsere Zeit" vom 4. Mai weismachen will.

Vielmehr dokumentiert Schmidts Staatsbesuch, daß die westdeutschen Monopolkapitalisten im Zuge der Bonner Ostpolitik immer mehr Geld in Osteuropa investieren. Die revisionistische Führung in Sofia erlaubt den westdeutschen Imperialisten, die bulgarische Arbeiterklasse auszubeuten.

Zitat der Woche

„Schlesinger als Energieboß — das ist, als wenn man Dracula zum Vorsitzenden der Blutbank macht." (Die amerikanische Schauspielerin Jane Fonda über den US-Energieminister nach der Katastrophe von Harrisburg)

Nach zweieinhalb Wochen ließ der Staatsicherheitsdienst sie wieder frei – Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke, die am 22. 4. 79 in der DDR verhaftet worden waren. „Ohne den Kampf der Partei und der Roten Garde wäre das nicht möglich gewesen", sagt Wolfgang Geißler. Wieder zu Hause in Westberlin und in Bremen, berichten beide dem „Roten Morgen", was in der DDR geschah.

Zweieinhalb Wochen in DDR-Haft
Wolfgang Geißler und Reinhard Schimke berichten



Protestaktion der Partei vor der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn.

Wolfgang Geißler
„Sie drohten mit einer langen Haftstrafe..."



In Westberlin sprach ein Genosse mit Wolfgang Geißler: „Wolfgang, du kannst dir sicher vorstellen, wie groß unsere Freude ist, daß du wieder bei uns bist. Wie ist es zu deiner Verhaftung gekommen?

Antwort: Zunächst möchte ich mich bei allen Freunden und Genossen bedanken, denen dieser schnelle Erfolg zu verdanken ist. Ohne ihre Solidarität, ohne den Kampf der Partei und der Roten Garde wäre das nicht möglich gewesen. Hervorzuheben ist auch die Haltung des Betriebsrates aus dem Betrieb, in dem ich beschäftigt bin. Nachdem ich drei Tage nicht im Betrieb gewesen war, hatte die Geschäftsleitung mir fristlos gekündigt. Der Betriebsrat, dem auch auf ausdrückliches Nachfragen kein Grund für mein Fehlen genannt wurde, stimmte zu. Als er dann aber erfuhr, daß ich in der DDR verhaftet worden war, zog er sofort die Zustimmung zu meiner Entlassung zurück.

Nun zu meiner Verhaftung. Am Sonntagmittag wurde ich vom Zoll der DDR gestoppt. Als sie den „Roten Morgen", Ausgabe DDR, bei mir fanden, setzten sie mich fest und benachrichtigten den Staatssicherheitsdienst. Der tanzte auch gleich an, und den ganzen Nachmittag lang versuchten sie mich mit den verschiedensten Vernehmungsmethoden auszufragen. Dabei ging es eigentlich immer um das gleiche: Ich sollte ihnen alles sagen, dann könnte ich gleich weiterfahren. Andernfalls drohten sie mir mit einer längeren Haftstrafe. Als sie gegen Abend merkten, daß sie so nicht weiterkamen, wurde ich nach Strehlitz gefahren, dort beim Stasi eingesperrt und bis weit in die Nacht hinverhört. Am Montagfrüh wurde ich zu einem Untersuchungsrichter gebracht, der einen Haftbefehl ausstellte. Am Abend wurde ich dann nach Berlin überführt.

Frage: Wie bist du auf den verschiedenen Stationen deiner Haft in den DDR Gefängnissen behandelt worden?

Antwort: Eigentlich auffällig korrekt. Interessant ist, daß die ganze Stasi-Haftanstalt mit Kameras und Warnlampen derart gesichert ist, daß kein Gefangener einen anderen Gefangenen zu Gesicht bekommt. Die Gefangenen werden nur mit Nummern angesprochen, genauso sprechen sich auch die Bewacher gegenseitig nur mit Nummern oder Dienstgraden an.

Selbstverständlich störte das nächtliche Anstrahlen in den ersten Nächten sehr. Bei den Vernehmungen wurde bei mir in diesem Gefängnis nur die freundliche Tour probiert. Ich hatte in der ganzen Zeit denselben Verhörer, nur selten war jemand anderes dabei. Verhört wurde werktags von 8 bis 12.30 Uhr und dann von 14 bis 16 Uhr. Samstags nur vormittags und sonntags gar nicht. Da sie ja noch einen Genossen verhaftet hatten, versuchten sie, mir angebliche Aussagen von ihm vorzuhalten und erklärten, ich solle doch wenigstens das zugeben, was sie mir sowieso durch verschiedene Zeugen beweisen könnten. Natürlich ging ich darauf nicht ein.

Frage: Hast du vom Eingreifen der Partei erfahren?

Antwort: Ja, am 8. 5. wurde ich mit der dpa-Meldung konfrontiert. Das bestätigte mir, daß die Partei die bewährte Taktik des offensiven Vorgehens eingeschlagen hatte. Meine Freude war natürlich groß.

Frage: Aufgrund welcher Gesetze wurdest du verurteilt und zu welcher Strafe?

Antwort: Am 10. 5. wurde ich zur Mittagszeit nicht in meine Zelle gefahren, sondern zu einem Richter im gleichen Gefängnis. Dort wurde mir ein Strafbefehl vorgelesen, der mich als überführt darstellte, gegen die Zollgesetze verstoßen zu haben. Der politische Charakter der Verhaftung wurde äußerst sorgfältig umgangen. Es wurde nur von in der Bundesrepublik hergestellten Druckschriften gesprochen, ohne auf den Inhalt einzugehen. Die Strafe bestand aus Abschiebung und Einziehung des Wagens.

Reinhard Schimke
„Sie verhörten sogar meine Verwandten in der DDR"



In Bremen sprach ein Volkskorrespondent mit Reinhard Schimke.

Frage: Reinhard, du warst zweieinhalb Wochen in DDR-Haft. Was haben dir die DDR-Behörden vorgeworfen?

Antwort: Laut DDR-Gesetz habe ich gegen die Zollbestimmungen § 12 verstoßen. In Wirklichkeit hatte die Verhaftung aber politischen Charakter. Denn was sie bei mir fanden, waren 850 „Rote Morgen" Ausgabe DDR.

Frage: Warum wird der „Rote Morgen" hier gedruckt?

Antwort: Weil unsere Genossen in der DDR ja illegal arbeiten und es für sie deshalb schwierig ist, in dem Umfang und der Qualität zu drucken. Deshalb schreiben sie die Artikel und gedruckt wird hier.

Frage: Worum ging es bei den Verhören?

Antwort: Sie wollten bei den Vernehmungen von mir unter anderem erfahren, wieviel Mitglieder die KPD/ML in Bremen hat, welche Namen ich weiß, die Organisationsstruktur usw. Sie wollten die „Hintermänner" wissen, die Auftraggeber, wie sie immer sagten. Außerdem sollte ich anhand eines Fotos den identifizieren, dem ich die Tasche übergeben hätte.

Frage: Hat man dich bei diesen Vernehmungen unter Druck gesetzt?

Antwort: Ja, man hat mich psychologisch unter Druck gesetzt, indem man mir erklärt hat, daß ich solange verhört werde, bis ich anfange zu reden. Außerdem hat man mir gedroht, meine Verwandten in der DDR aufzusuchen. Das haben sie auch getan. Meine Verwandten wurden vom Stasi verhört. Dann behaupteten sie auch, sie hätten meine Eltern in Bremen besucht und mein Vater sei wütend. Das habe ich aber nicht geglaubt. Und wie ich jetzt höre, stimmte das auch nicht.

Dann behaupteten sie anfangs, ich hätte das ja nur für Geld getan, ohne politische Motive. Zwei Wochen später hatten sie dann die Tour drauf, zu behaupten, ich würde für den BND arbeiten.

Frage: Hast du den Genossen Wolfgang Geißler im Gefängnis gesehen?

Antwort: Nein, während meiner ganzen Haftzeit habe ich überhaupt nur einen Häftling gesehen, nämlich den, der mit mir in der Zelle saß. Das war ein Stahlarbeiter, der versucht hatte, aus der DDR zu fliehen. Aber noch etwas zu den Vernehmungsmethoden. Als ich mal zwei Tage hintereinander nur geschwiegen hatte, drohten sie mir, sie würden mich jetzt nach Hause schicken, den anderen aber dabehalten und es so darstellen, als hätte ich „gesungen". Sie sagten, sie seien gespannt, was dann wohl die Genossen im Westen mit mir machen würden.

Aber sie versuchten nicht nur, Druck auszuüben. Es gab auch Bestechungsversuche. Am 1. Mai wurde ich ins Vernehmungszimmer gerufen, obwohl an Feiertagen normalerweise nicht verhört wird. Dort stand ein tragbares Fernsehgerät. Es wurde die Demonstration in Ostberlin gezeigt. Däneben stand ein Silbertablett mit ausgesuchten Appetithäppchen und Radeberger Bier, das beste Bier in der DDR, ausschließlich für den Export bestimmt. Der Vernehmer forderte mich auf zuzugreifen und sagte: „Wir sind Kommunisten, Sie sind Kommunisten, also können wir uns auch offen unterhalten. Wenn Sie das so machen, dann sind Sie bald wieder draußen..." Das Bier hab ich dann getrunken, weil ich mir sagte, es ist vielleicht für lange Zeit dein letztes. Das Essen lehnte ich ab. Der Rest war Schweigen.

Frage: Hat der Staatssicherheitsdienst häufiger versucht, politische Diskussionen anzufangen?

Antwort: Ja, das haben sie immer wieder versucht. Einen Tag vor meiner Entlassung haben sie sogar zwei „gute, alte Onkels" von der SED eingesetzt. Sie erzählten mir, sie wären alte Genossen, schon 50 Jahre in der Partei, hätten mit dem Stasi nichts zu tun und wollten gerne allgemein politisch mit mir diskutieren. Wahrscheinlich hielt der Stasi das für einen besonders guten Schachzug, um mich auszuhorchen.

Frage: Wie waren deine Haftbedingungen?

Antwort: Ich war in Ostberlin in einem Gefängnis, in dem nur politische Gefangene untergebracht sind. Die Gefangenen sind praktisch vollständig voneinander isoliert. Ich habe also nur meinen Zellenkameraden kennengelernt. Jeder Gefangene hat eine Nummer. Wenn die sogenannten Häscher einen Gefangenen zur Vernehmung holen, dann schließen sie die Zellentür auf, rufen die Nummer auf. Dann muß man rausgehen und sich auf dem Flur mit dem Gesicht zur Wand stellen. Dann schließen sie die Tür wieder zu. Der Gefangene muß in einem gewissen Abstand hinter dem Wärter hergehen. Auf den Fluren sind vor jeder Kreuzung im Gang, vor jeder Biegung, weiße Striche auf dem Fußboden. Bei diesen Strichen muß man stehenbleiben. Der Häscher guckt um die Ecke, ob da ein anderer Häscher mit einem Gefangenen unterwegs ist. Wenn keiner da ist, darf man weitergehen. So geht das vor jeder Tür, vor jeder Biegung, bis hin zum Vernehmungstrakt.

Frage: Hattest du ein Fenster in der Zelle?

Antwort: Nein, nur Glasbausteine. Man konnte also nur sehen, ob es hell oder dunkel ist, aber nicht hinaussehen.

Frage: Kamst du überhaupt mal ins Freie?

Antwort: Zweimal hatte ich Hofgang.

Frage: In der ganzen Zeit zwei Mal?

Antwort: Normalerweise kriegt man zwei Mal die Woche jeweils eine halbe Stunde Hofgang, es sei denn, man muß zur Vernehmung. Dann fällt der Hofgang flach. Weil das bei mir der Fall war, hatte ich nur zwei Mal Hofgang in den zweieinhalb Wochen. Beim Hofgang werden die Häftlinge einzeln von den Häschern runtergeführt und kommen dann in einen sogenannten Tigerkäfig. Das ist ein Raum, der ist etwa 7 Meter lang und 3 Meter breit, mit 4 Meter hohen Mauern. Darüber ist Maschendraht mit Elektrozaun und ein bißchen Stacheldraht und oben ist ein Gang, wo ein Posten geht. Wenn man hochguckt, sieht man also ein Stückchen Himmel.

Frage: Durftest du lesen?

Antwort: Das ist abhängig vom Vernehmer. Der kann einem eine Leseerlaubnis erteilen. Ich hatte Leseerlaubnis und auch Schreiberlaubnis. Da habe ich zwei Briefe an meine Eltern geschrieben, die allerdings nie angekommen sind. Radio gab es nicht.

Mit diesen Erlaubnissen ist das so ein Ding. Es gibt zum Beispiel auch eine Liegeerlaubnis. Ich hatte keine Liegeerlaubnis, das heißt, ich durfte mich den ganzen Tag über nicht auf die Pritsche legen. Alle fünf Minuten kamen die Posten kontrollieren und scheuchten mich hoch, wenn ich lag. Es ist so: Wenn man zu oft dagegen verstößt, werden einem auch andere Erlaubnisse entzogen.

Frage: Hattest du Zeitungen?

Antwort: Ja, aber nur das „Neue Deutschland" und die „Berliner Zeitung". Westzeitungen bekam ich nicht. Allerdings bekommt man auch die Ostzeitungen nicht, sobald etwas über einen selber drin steht. Das war bei mir zwei Mal der Fall.

Frage: Wie bist du mit der Situation dort fertig geworden?

Antwort: Laut DDR-Gesetz gerechnet, daß ich unter Umständen x Jahre dort sitzen muß, aber gleichzeitig habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben.

Frage: Wie wurde deine Ausweisung begründet?

Antwort: Begründet haben sie das überhaupt nicht. Donnerstag um 9 Uhr wurde ich aus der Zelle rausgeholt. Ich kam in eine Einzelzelle. Dort gab man mir meine Kleider wieder. Dann verkündete mir ein Richter den Beschluß: Ausweisung. Ich könnte Widerspruch einlegen, oder erklären, daß ich einverstanden bin. Dann mußte ich noch eine Erklärung unterschreiben, daß der Wagen beschlagnahmt wurde und eine andere Erklärung, daß ich korrekt behandelt worden bin, daß mir immer Kaffee angeboten worden ist und Zigaretten, und daß ich vernünftiges Essen bekommen habe. Dann wurde ich bis zur Grenze gebracht und dort konnte ich einen Interzonenzug besteigen.

Frage: Wie war denn der Empfang zu Hause?

Antwort: Ich hatte damit nicht gerechnet, aber die Genossen standen am Bahnhof und schrien: „Da ist er, da ist er", und fielen mir um den Hals. Als erstes ging es dann zu meinen Eltern. Abends wurden die Genossen zusammengetrommelt. Auf dieser kleinen Veranstaltung wurden mir dann jede Menge Blumen überreicht. Ich berichtete von meinen Erlebnissen, und die Genossen erzählten, wie die Partei um meine Freilassung gekämpft hat. Mir ist klar, ohne diesen Einsatz der vielen Genossen und Freunde im ganzen Land hätte mich der Stasi nicht freigelassen.



Eines der Stasi-Gefängnisse in der DDR.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Papierverarbeitende Industrie

Weniger Beschäftigte — gestiegene Produktion

Starke Benachteiligung der Frauen

Durch die scharfen Auseinandersetzungen im Tarifbereich der Druckindustrie, den machtvollen Kampf der Drucker gegen den Rationalisierungsterror der Unternehmer ist die Lage der Kolleginnen und Kollegen der papierverarbeitenden Industrie etwas in den Hintergrund des öffentlichen Interesses getreten. Doch die Rationalisierungswelle rollt auch in dieser Branche.

Einige statistische Angaben aus dem Bereich der papierverarbeitenden Industrie veranschaulichen das auf eindrucksvolle Weise. Die geleisteten Arbeitsstunden gingen von 1972 bis 1976 um 17 Prozent zurück, während der Umsatz im selben Zeitraum um 41,5 Prozent nach oben schnellte. Während die Zahl der Beschäftigten in den Jahren von 1973 bis 1978 von 136000 auf 110000 zurückging — das sind 23 Prozent —, steigerte sich der Jahresumsatz von 9,2 Milliarden auf 13 Milliarden Mark. Das entspricht einer Steigerungsrate von 40 Prozent.

Durch massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen gelang es den Unternehmern, den Lohnkostenanteil am Umsatz stetig zu senken. Mußten sie 1972 noch 25 Prozent des Umsatzes zur Zahlung der Löhne aufwenden, so ging dieser Anteil 1977 auf 22 Prozent zurück. Die damit verbundene drastische Verschärfung der Ausbeutung zeigt sich an folgenden Angaben: Mußte der Arbeiter 1972 noch 23 Stunden aufbringen, um einen Warenwert von 1000 Mark zu erzeugen, so benötigte er 1977 nur noch 12 Stunden.

Die werktätigen Frauen sind am härtesten betroffen

Unverhältnismäßig hart betroffen von den Rationalisierungsmaßnahmen in der papierverarbeitenden Industrie sind die werktätigen Frauen. Waren im Jahre 1950 noch 75 Prozent aller Beschäftigten Frauen, so waren es 1973 nur noch 50 Prozent, 1977 noch 38 Prozent.

In der papierverarbeitenden Industrie gibt es Tausende von verschiedenen Fertigungsarten. Deshalb wurde die manuelle Fertigung im Vergleich zu anderen Branchen relativ spät durch industrielle Produktionsabläufe ersetzt. Durch die steigende Automatisierung ist ein ungeheuer großer Anteil von ungelernten Kollegen unter den Arbeitslosen, etwa 90 Prozent. Gegenwärtig arbeiten 95 Prozent aller Frauen als Hilfskräfte. Aus diesem Grunde reißt die Rationalisierungswelle besonders große Lücken in die Reihen der werktätigen Frauen. **Von der Gleichberechtigung der Frau, wie sie im Grundgesetz verkündet wird, kann auch in der papierverarbeitenden Industrie keine Rede sein.**

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Das zeigt sich vor allem an der Lohnfrage. 90 Prozent aller beschäftigten Frauen werden nach den unteren drei Lohngruppen ausgezahlt.

5 Prozent aller Frauen werden nach der untersten Lohngruppe (Lohngruppe 6) ausgezahlt. Für Frauen unter 18 Jahre ist das ein Bruttostundenlohn von 4,72 Mark; Frauen zwischen 18 und 21 bekommen 5,57 Mark; Frauen, die älter als 21 Jahre sind, bringen es in dieser Lohngruppe auf 6,36 Mark. Es kann durchaus passieren, daß eine junge Frau, die noch nicht 18 ist, gerade 600 Mark im Monat mit nach Hause bringt, weniger als mancher Lehrling.

Unter dem Vorwand, daß Frauen in der Regel über weniger Körperkraft als Männer verfügen, verwehren die Unternehmer dem größten Teil der Frauen den Aufstieg in höhere Lohngruppen. Dabei ignorieren sie, daß durch die enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Steigerung der Bandgeschwindigkeiten und das atemberaubende Tempo anderer Fertigungsautomaten die psychische Belastung ins Unermeßliche gesteigert wird.

Bis heute weigern sich die Unternehmer, die durch Monotonie und Zeitdruck auftretende psychische Belastung tarifvertraglich zu berücksichtige. Das demagogische Argument über die geringere Körperkraft der Frauen hindert die Unternehmer aber keineswegs daran, den Frauen ähnliche körperliche Belastungen aufzuerlegen wie den Männern. Nach den Arbeitsschutzbestimmungen des Arbeitsministeriums in Baden-Württemberg dürfen Frauen maximal 1000 Kilogramm pro Schicht bewegen. Das Zentralorgan der IG Druck und Papier spricht von schwäbischen Betrieben, in denen die Frauen das **Vierundvierzigfache** zu verkraften hatten, selbstverständlich in den unteren drei, hauptsächlich den Frauen vorbehaltenen Lohngruppen.

Auch bei der letzten Lohnrunde in der papierverarbeitenden Industrie erhoben viele Kollegen und Kolleginnen, verschiedene Landesbezirke der IG DruPa die Forderung nach Streichung der Lohngruppe 6. Die Gewerkschaftsführung vertröstete sie auf spätere Verhandlungen, die über Fragen der Lohnstruktur anstehen.

Den gewerkschaftlichen Kampf entwickeln

Insgesamt sind die Beschäftigten der papierverarbeitenden Industrie gegenüber den Kollegen aus dem Druckbereich benachteiligt. Während zum Beispiel ein Druckerlehrling im dritten Lehrjahr 690 Mark nach Hause bringt, verdient der Lehrling in der Papierverarbeitung über 100 Mark weniger.

Der Nachtschichtler an einer Druckmaschine erhält ab 22 Uhr eine Schichtzulage von 27,5 Prozent, sein Kollege an der Falzmaschine nur 12 Prozent. Beide sind sie in derselben Gewerkschaft organisiert. Ein 27jähriger Drucker wird 1981 30 Tage Urlaub haben, sein Kollege in der Papierverarbeitung nur 22 Tage. Beide Urlaubsregelungen wurden von derselben Gewerkschaft ausgehandelt.

Bis heute ist es den Unternehmern relativ leicht gefallen, ihr Rationalisierungsprogramm in der papierverarbeitenden Industrie durchzuziehen. Die Branche ist zersplittert in Klein- und Kleinstbetriebe, obwohl auch hier starke Tendenzen der Konzentration zu verzeichnen sind. Die Kollegen dieser Branche zusammenzuschließen, sie zu einer starken, organisierten Kraft im Kampf gegen den Rationalisierungsterror zu machen, ist eine vordringliche, gewerkschaftliche Aufgabe.

Erfolg vor dem Arbeitsgericht!

Die 22jährige Kollegin Yasimin Sarioglu hatte gegen ihre Krankheitskündigung durch die Siemens-Bosse in Witten geklagt. Jetzt mußten sich die Siemens-Bosse in zweiter Instanz zu einem Vergleich bequemen, der der Kollegin eine Abfindung von 2500 Mark einbrachte.

Siemens-Personalchef Müller sprach offen aus, was sie zu diesem Kompromiß trieb: Sie fürchteten die „negative Publizität" in der Frage der Krankheitskündigungen. Insbesondere hätte dieser Herr gerne in den Vergleich hineingenommen, daß Rechtsanwalt Ahues, der die Kollegin vertritt, keine Presseerklärung mehr abgeben dürfe. Zu einem derart grotesken Verbot konnte sich dann nicht einmal der Arbeitsrichter durchringen.

Der Kollegin war Ende 1978 wegen Krankheit gekündigt worden und zwar mit Zustimmung der Mehrheit des Betriebsrats!

Ruhrgebietskonferenz

Krisenzentrum an Rhein und Ruhr

Am Dienstag, den 8. Mai eröffnete der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau in Castrop-Rauxel die mit viel Theaterdonner vorbereitete Ruhrkonferenz. Damit löste er ein Versprechen ein, das er in seiner Regierungserklärung gegeben hatte. Insgesamt etwa 150 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft berieten über die Situation im Ruhrgebiet.

Und die sieht alles andere als erfreulich aus. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt auf 6,1 Prozent. Die Gruppe der durch Berufskrankheiten geschädigten Arbeitslosen, die kaum Aussicht auf einen Job haben, ist erschreckend groß (32 Prozent aller Arbeitslosen). Die Frauenarbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren verzehnfacht. **Das Stahl- und Kohlerevier an Rhein und Ruhr ist schwer gezeichnet von der kapitalistischen Wirtschaftskrise.**

Seit die Monopolkapitalisten Ende der fünfziger Jahre von der Kohle auf das kostengünstigere und damit profitträchtigere Öl umgesattelt hatten, ließen sie skrupellos die Zechen sterben. Die Bergleute, die unter äußerst schwierigen Bedingungen an der vordersten Front des Wiederaufbaus unserer zerstörten Heimat gestanden hatten, zahlten die Spesen: Massenentlassungen! Bis heute wurden allein im Ruhrgebiet im Bereich des Kohlebergbaus über 300000 Arbeitsplätze vernichtet.

Wenig später überzogen die Stahlbarone, die sich von Anfang an auf europäischer Ebene in der Montanunion zusammengeschlossen hatten, die Großbetriebe von Duisburg bis Dortmund mit brutalem Rationalisierungsterror.

Und gerade in diesem Bereich ist die Zukunft mehr als düster. Bis 1980 sollen auf europäischer Ebene weitere 80000 Stahlarbeiter auf die Straße fliegen.

Diese für die Werktätigen äußerst ernste Lage findet ihren Ausdruck auch in den Lebensbedingungen im Revier. Noch immer ist die Zahl der erneuerungs- und verbesserungswürdigen Wohnungen überdurchschnittlich hoch. Noch immer herrscht ein unverzeihlicher Mangel an Grün-, Erholungs- und Spielplätzen. Noch immer ist die Geruchs- und Lärmbelästigung mancherorts unerträglich hoch. Immer noch rieseln Jahr für Jahr fast 150000 Tonnen Grobstaub auf das Ruhrgebiet herunter. Eine riesige Spekulationswelle beginnt die Sozialwohnungen und vor allem die alten Arbeitersiedlungen zu überrollen.

In dieser Situation ist es mehr als ein schlechter Witz, wenn Rau zu Beginn seiner Konferenz ausruft: „Wir stehen nicht am Krankenbett des Ruhrgebiets, sondern in seiner Werkstatt."

Es sind wohl im wesentlichen zwei Gründe, die Herrn Rau zu dem Konferenzspektakel bewogen haben mögen. Das Revier kann sich sehr schnell zu einem Pulverfass erster Güte für die Kapitalistenklasse entwickeln. Der machtvolle Stahlarbeiterstreik war ein warnendes Donnergrollen. Rau möchte durch seine Konferenz den Anschein erwecken, seine Regierung würde die Lage zugunsten der Werktätigen ändern. Der zweite Grund ergibt sich zwangsläufig aus dem ersten. Im Herbst sind Kommunalwahlen, nächstes Jahr Landtags- und Bundestagswahlen. Rau will „schön Wetter machen" für seine SPD.

In großer Pose verkündet er ein 5-Milliarden-Programm. 4 Milliarden sollen aus Steuermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen kommen, die restliche Milliarde erwartet er vom Bund. Bundesfinanzminister Matthöfer konterte prompt, das Revier solle sich gefälligst auf seine eigenen Kräfte besinnen.

Mit diesen riesigen Summen will Rau nach alter Manier das Krisenmanagement der Monopole finanzieren. Allein 500 Millionen sollen in den nächsten fünf Jahren für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ausgegeben werden. Nun — würde der Staat diese Investitionshilfe an die gesetzliche Bedingung knüpfen, daß ein von diesen Mitteln subventioniertes Unternehmen keine Massenentlassungen vornehmen darf, sondern bis ins kleinste die Schaffung neuer Arbeitsplätze nachweisen muß, so wäre über diese Art der Investitionshilfe sehr wohl zu diskutieren.

Der Staat jedoch denkt nicht im Traum daran, solche Bedingungen zu stellen, denn er steht im Dienst der Monopole. Die riesigen Steuermittel sind im Grunde genommen ein Selbstbedienungsladen der Monopole, um die verschärfte Rationalisierung zu finanzieren.

Im Stahlbereich ist heute schon abzusehen, wohin der Weg führt. Der Verrat der DGB-Führer am Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hält den Kapitalisten den Rücken frei, weitere Tausende von Arbeitsplätzen an Rhein und Ruhr zu vernichten. Da helfen weder Sonntagsreden auf Konferenzen und schon gar kein solches Milliardenprogramm.

Doch im Revier regt sich der Widerstand. Unter großen Opfern und unter Aufbietung aller Kräfte verteidigten die Menschen zahlreiche Arbeitersiedlungen, die den Profithaien zum Opfer fallen sollten. Das wird Schule machen. Mehr als zwei Millionen Menschen wohnen in den alten Siedlungen des Reviers.

Die Stahlkocher wiesen den Weg des Kampfes gegen Massenentlassungen, Hunderttausende Kollegen der anderen Branchen standen solidarisch hinter ihnen. Diesmal wurde der Kampf verraten, doch die klassenbewußten Kollegen schließen sich zusammen und resignieren nicht. Mag Rau mit großem Pomp seine Schau abziehen, mögen sich die Politiker, Unternehmer und Gewerkschaftsführer als die großen Wohltäter ausgeben; die Erkenntnis, daß gegen diese Herrschaften der Kampf geführt werden muß, breitet sich immer mehr aus. Das ist die wirkliche Sanierung des Reviers.

Klöckner/Bremen

Erfolg im Kampf um Arbeitszeitverkürzung

In einer Betriebsvereinbarung, die Anfang Mai auf der Klöckner-Hütte in Bremen abgeschlossen wurde, ist nun eine Regelung für die vier bzw. sechs Freischichten getroffen worden. Die Freischichten waren durch den Stahlarbeiterstreik erkämpft worden.

Die Betriebsvereinbarung sieht als Ersatz für die ausfallenden Schichten die Einrichtung neuer Arbeitsplätze vor. Die Vereinbarung zwischen Werksleitung und Betriebsrat enthält folgende Punkte:

Für jeweils 50 Nachtschichtarbeiter (die haben ja Anspruch auf die vier Freischichten) soll ein Reservearbeitsplatz im Stellenplan aufgenommen werden. Zur Abdeckung der Freischichten sowie des Mehrurlaubs sollen dadurch 122 neue Arbeitsplätze auf der Hütte entstehen. Die Freischichten können einzeln oder im Block genommen werden. Die Freischichten können nicht abgegolten werden.

Diese Vereinbarung ist ein eindeutiger Sieg der Stahlarbeiter, denn es ist ja bekannt (siehe RM Nr. 18), daß der Arbeitgeberverband seine Mitglieder auf eine Abgeltung der Freischichten einschwören will.

Der Erfolg kommt nicht von ungefähr. In mehreren Abteilungen rechneten die Kollegen aus, wieviele Schichten durch den neuen Tarifvertrag ausfallen und wieviel neue Arbeitsplätze deshalb bei ihnen erforderlich sind. Unter eine solche konkrete Forderung setzten sie dann mit großer Geschlossenheit ihre Unterschriften. Die RGO hat sich an diesen Unterschriftensammlungen führend beteiligt.

Hinzu kommt, daß die Hütte gerade einen großen Produktionszuwachs abwickelt. Stilliegende Anlagen wurden wieder in Betrieb genommen bzw. stärker ausgelastet. Seit Monaten stellt Klöckner neue Kollegen ein, aber so sparsam, daß in vielen Anlagen noch unterbesetzt gefahren wird. Deshalb steht die neue Betriebsvereinbarung erstmal auch nur auf dem Papier.

Jetzt geht es darum, die volle Besetzung an den Anlagen und die in der Vereinbarung vorgesehenen neuen Reservearbeitsplätze in den Abteilungen durchzusetzen.



Gemeinsam zogen Frauen und Männer zum Arbeitsgericht in Gelsenkirchen, um ihre Kolleginnen zu unterstützen.

Bei Prozeß um gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Erfolg für Gelsenkirchener Frauen

Der Zuschauersaal des Arbeitsgerichtes in Gelsenkirchen war überfüllt, als dort am 10. Mai über die Klage von 28 Frauen gegen den Unternehmer Heinze verhandelt wurde. Die Frauen waren vor Gericht gegangen, weil sie für gleiche Arbeit weniger Lohn erhielten als ihre männlichen Kollegen — und sie hatten Erfolg. Das Gericht gab ihnen Recht.

Die Firma Heinze in Gelsenkirchen ist ein Fotolaborbetrieb, in dem Männer und Frauen beschäftigt sind. Allerdings erhalten die Frauen dort (übrigens beschäftigt nach Lohngruppe I) für gleiche Arbeit weniger Lohn als die männlichen Kollegen der gleichen Lohngruppe. Zustande kommt die ungleiche Bezahlung durch unterschiedliche übertarifliche Zulagen. Während von den Frauen, die vors Arbeitsgericht gezogen sind, 16 gar keine Zulage erhalten, die anderen zwischen 0,12 Mark und 1,04 Mark, bekommen die männlichen Kollegen alle mehr als 1 Mark, im Durchschnitt sogar 1,50 Mark.

Ein Argument des Unternehmers Heinze für diese Benachteiligung der Frauen: Sie würden im Gegensatz zu den männlichen Kollegen keine Nachtschicht leisten. Deshalb wäre es ungerecht, wenn Frauen und Männer gleich bezahlt würden. (Mit der gleichen Begründung hat übrigens im letzten Jahr auch das Arbeitsgericht Bad Kreuznach die Klage von vier Chemiearbeiterinnen auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit abgelehnt!) Ein Unternehmer als Anwalt der Gerechtigkeit also? Natürlich nicht. Für die Nachtarbeit werden ja gesonderte Zulagen gezahlt. Wenn die Unternehmer — und Arbeitsgerichte — sich auf die Nachtarbeit berufen, dann nur aus einem Grund: Um ein Gesetz zum Schutz der Frauen in sein Gegenteil zu verkehren und als Rechtfertigung für eine generelle Unterbezahlung der Frauen zu benutzen.

Es ist deshalb erfreulich, daß das Gelsenkirchener Arbeitsgericht dieses „Argument" der Heinze-Kapitalisten nicht gelten ließ.

Das zweite Argument des Unternehmers Heinze für die Unterbezahlung der Frauen: Sie seien vorwiegend an einer Hängeentwicklungsmaschine beschäftigt, die wesentlich einfacher zu bedienen sei als die Durchlaufentwicklungsmaschine, an der die männlichen Kollegen arbeiten würden. Außerdem würden sie gerissene Filme nicht selbständig flicken.

Dieses Argument allerdings entlarvte sich schnell. Denn abgesehen davon, daß Männer und Frauen mit dem gleichen Arbeitsvertrag eingestellt sind; abgesehen davon, daß auch die männlichen Kollegen der Lohngruppe I die gerissenen Filme, genau wie die Frauen, unter Anleitung eines Schichtführers flicken kam bei dem Prozeß folgendes zutage: Bei Heinze waren früher nur Frauen beschäftigt. Und diese Frauen haben **alle** ihre männlichen Kollegen angelernt. Auch die Kollegen, die an der angeblich so komplizierten Durchlaufentwicklungsmaschine arbeiten!

Und schließlich kam dann bei der Beweisaufnahme vor Gericht auch die interessante Entstehungsgeschichte der ungleichen Bezahlung bei Heinze zur Sprache. Als bei Heinze nämlich nur Frauen arbeiteten, erhielten sie 6 Mark Stundenlohn. Für diesen Lohn versuchte Heinze dann zunächst auch männliche Arbeiter zu bekommen. Vergeblich. Denn keiner fand sich bereit, für einen solchen Hungerlohn zu arbeiten. Also zahlte Heinze den männlichen Arbeitern übertarifliche Zulagen. Der Lohn der Frauen blieb so niedrig wie er war. Hieran wird deutlich: Solche krassen Verstöße gegen die Gleichberechtigung der Frau wie sie in Prozessen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit zutage treten, sind nur die Spitze des Eisbergs. Das eigentliche Problem liegt darin, daß die werktätigen Frauen im Kapitalismus eine billige Reservearmee für die Unternehmer bilden — mit einem Verdienst, der durchschnittlich ca. 30 Prozent unter dem der Männer liegt.

Solange hier keine grundlegende Änderung erfolgt, können auch einzelne Gerichtserfolge in Prozessen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit den Millionen werktätigen Frauen nicht viel weiterhelfen. Und selbst der Erfolg im Gelsenkirchener Prozeß ist ja noch nicht gewiß. Denn Heinze wird in Berufung gehen.

BASF-Ludwigshafen

Menschenleben zählen nicht

„30 Chemiearbeiter bei BASF in Ludwigshafen mußten an einer Anlage mit dem krebserregenden Stoff Dichlormethyläther arbeiten. Mehr als die Hälfte von ihnen sind seit 1969 an Bronchialkrebs erkrankt. Elf von ihnen sind inzwischen gestorben." Diese Meldung stand am 17. November 1978 in unserer Zeitung.

Mittlerweile sind noch einige Hintergrundinformationen ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, die beweisen, wie skrupellos die BASF-Kapitalisten das Leben der Kollegen aufs Spiel setzen. Zunächst einige Fakten.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde im Jahre 1971 eine Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geschlossen, die hochgiftige Chemikalie aus der Produktion zu nehmen, die seit 1954 im Werk benutzt wurde. Erst 1973 bequemten sich die BASF-Kapitalisten dazu, rückblickende Untersuchungen vorzunehmen, um einmal den genauen Schaden an Menschenleben und Gesundheit festzustellen, und zum anderen bereits erkrankten Kollegen die entsprechende medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Erst 1978 erfuhr die Öffentlichkeit von dem Skandal.

Trotzdem befinden sich heute noch 14 krebserregende Stoffe im Werk, wie die ärztliche Abteilung der BASF zugeben mußte. Bei weiteren 40 bis 50 Stoffen besteht der Verdacht, daß auch sie krebserregend wirken können. Es ist durchaus möglich, diese Stoffe durch andere, ungefährliche zu ersetzen. Das aber ist den BASF-Kapitalisten zu teuer! **Eine Schmälerung des Profits ist für die BASF-Kapitalisten ein entschieden größerer Verlust als Menschenleben.**

Auf einer der letzten Betriebsversammlungen enthüllte der RGO-Betriebsrat Karl-Heinz Keßler (28) verschiedene Vorfälle, die die Geringschätzung eines Arbeiterlebens durch die BASF-Kapitalisten belegen.

Als im Jahre 1977 ein Natriumkesselwagen in Brand geriet, stellte sich heraus, daß der zum Löschen notwendige Zement nicht vorhanden war und von draußen erst herangeschafft werden mußte. So verstrich wertvolle Zeit, und es ist reines Glück, daß es nicht zu einer Explosion kam, die Menschenleben gefährdet hätte.

Als im Jahre 1973 Phosgengas ausströmte, wurde die Umgebung nicht abgesperrt. Erst viel später wurden die Kollegen davon unterrichtet, welcher Gefahr sie ausgesetzt waren. Bei der anschließenden medizinischen Untersuchung stellte sich heraus, daß die BASF über zuwenig Röntgenplatten verfügt. So wurden viele Kollegen zu spät untersucht. Auch hier kann Zeitverzögerung Lebensgefahr bedeuten.

Die BASF-Kollegen, die von der RGO über diese Skandale aufgeklärt wurden, werden die Gefährdung ihres Lebens nicht hinnehmen.

1. Mai '79 — Nachlese



1. Mai internationaler Kampftag der Arbeiterklasse! Türkische Kollegen an der Seite ihrer deutschen Klassenbrüder in Frankfurt.



Kiel: Der DGB verweigerte hier seinen Mitgliedern die Maidemonstrationen. Ein gewerkschaftliches Maikomitee, an dem auch die RGO teilnahm, übernahm diese Aufgabe. „Keine Entlassungen auf HDW" forderten die Kieler Werftarbeiter.



Die Gewerkschaftsjugendgruppe der Freiburger Uniklinik forderte auf der DGB-Demo in Breisach den Existenzlohn für Lehrlinge. An den Maivorbereitungen hatte sich auch die RGO-Betriebsgruppe an dieser Klinik beteiligt.



Die Frauengruppe Hörde, die den Dortmunder Hoesch-Arbeitern von ihrer Unterstützungsarbeit beim Stahlstreik her bekannt ist, setzte sich für die Forderungen werktätiger Frauen ein.



Auf vielen Demonstrationen nahmen Gewerkschafter gegen die drohende Verjährung von Nazi-Verbrechen Stellung. Hier: Kollegen in Giessen.

Maigrüße der KPUSA/ML

Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA/Marxisten-Leninisten sandte in einem Schreiben brüderliche Grüße zum 1. Mai an den Genossen Ernst Aust und das Zentralkomitee der KPD/ML.



Oberstleutnant Hans Kahle und sein Stabschef Ludwig Renn (zweiter von rechts) erklären Ernest Hemingway (dritter von links) und Joris Ivens (außen rechts) die Frontlage vor Brunete.

Ludwig Renn 90 Jahre — Teil II

„Kämpft mit der Feder und dem Wort, wie es jedem liegt, aber kämpft"

Am 22. April feierte der Schriftsteller Ludwig Renn seinen 90. Geburtstag. Anläßlich dieses Jubiläums drucken wir einen zweiteiligen Aufsatz über das Leben und Werk Ludwig Renns ab. Die erste Folge im „Roten Morgen" Nr. 17/79 schilderte die Entwicklung Renns vom kaiserlichen Offizier zum Kämpfer an der Seite des Proletariats.

In der Zeit des aufkommenden Faschismus wußte ein erfahrener Mann wie Ludwig Renn, daß nicht nur ein Batallion brauner Horden begann aufzumarschieren, sondern daß von der herrschenden Klasse, von den deutschen Monopolen und Großkonzernen, planmässig mittels der Nazi-Partei, der Faschismus aufgebaut wurde. Und ihm als überzeugtem Marxisten und als von der KPD erzogenen Genossen war auch klar, daß Faschismus finsterste Reaktion nach innen und Krieg nach außen bedeutet.

Renn wurde Mitarbeiter der antifaschistischen Militärzeitschrift „Aufbruch", für die er Artikel wie z. B. „Die Kriegstechnik von den Schweizerkriegen bis zum Gift- und Gaskrieg" schrieb. Die Bourgeoisie sah dem Sinneswandel des ehemaligen „Barons" nicht tatenlos zu, sondern spuckte Gift und Galle. Seine Bücher wurden systematisch von den bürgerlichen Buchhandlungen boykottiert. Vor allem sein Buch „Rußlandfahrten", 1932 erschienen, fiel der kapitalistischen Zensur zum Opfer. Damit sollte verhindert werden, daß das deutsche Proletariat, die Werktätigen, die fortschrittliche Intelligenz über die Sowjetunion mit ihren großartigen Erfolgen beim sozialistischen Aufbau unter der Diktatur des Proletariats informiert wurden.

Renn schrieb: „1932 wollte ich das Buch ‚Rußlandfahrten' veröffentlichen, das von meinen zwei Besuchen in der Sowjetunion handelte. Ein Arbeiterverlag druckte es. Kaum wurde es aber ausgeliefert, da schlug das Bürgertum Krach. Bei meinem Namen fürchtete es, daß auch Leute ihres Kreises dieses Buch lesen und von seiner Gesinnung angesteckt werden könnten. Die Banken kündigten meinem Verlag auf einen Schlag alle Kredite. Das konnte er natürlich nicht aushalten und kam sofort in Konkurs. So wurden von meinem Rußlandbuch nur wenige Exemplare verkauft. Der gesamte übrige Bestand fiel den Bankleuten in die Hand, und sie ließen alles einstampfen."

Es dauerte nicht lange, bis versucht wurde, Ludwig Renns publizistische Tätigkeit zu beenden. Nach bewährter kapitalistischer Manier, wie zuvor mit Johannes R. Becher und anderen, konstruierte die Klassenjustiz eine Anklage wegen „literarischem Hochverrat". Trotz weniger Informationen galt Ludwig Renn in den herrschenden Kreisen als der Militärtheoretiker der KPD. Seine militärkundlichen Kurse in der MASCH (Marxistische Arbeiterschule) und vor allem ein Aufsatz im „Aufbruch" über „Soldatenwerbung unter Friedrich dem Großen" wurden als Vorwand zur Anklage genommen. Selbst breite Proteste im In- und Ausland bewirkten nicht Renns Freilassung. Trotz Untersuchungshaft setzte er aber seine Arbeit fort, auch seine militärtheoretische. Vor Gericht konnte er beweisen, daß all seine Aufzeichnungen und Artikel aus öffentlich zugänglichen Materialien erarbeitet wurden.

Als er im Januar 1933 aus der Haft entlassen wurde, war Hitler bereits an die Macht gekommen. Trotzdem gab Renn noch eine Ausgabe des „Aufbruch" legal heraus.

Massenverhaftungen

Die Freiheit sollte auch für Renn nicht lange dauern. Nach dem provokatorischen Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde Ludwig Renn wie viele andere im Rahmen der einsetzenden Massenverhaftungen in seiner Wohnung festgenommen. Monate vergingen, bis Renn der Prozeß gemacht wurde. Im Januar 1934 wurde er vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig zu 2 1/2 Jahren Haft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilt. Von der unbeugsamen Haltung Ludwig Renns vor dem Nazi-Gericht war selbst die gleichgeschaltete Presse beeindruckt. Er sagte den Richtern ins Gesicht: „Ich bekenne mich zum Kommunismus. Ich bin Kommunist, weil die Lehre des Kommunismus richtig ist. Sie ist allmächtig, weil sie wahr ist."

Die Nachricht von Renns Verurteilung verbreitete sich schnell. Durch seine vorbildliche Haltung vor der Klassenjustiz, schöpften viele Genossen neuen Mut.

Willi Bredel, im Hamburger Konzentrationslager Fuhlsbüttel eingekerkert, berichtete: „An einem Wintertag, es war um die Mittagszeit, das Essen war ausgegeben, und die ruhigste Stunde des Tages im Lager war gekommen, öffnete sich meine Zellentür, und der Wachtmeister trat ein, eine Zeitung in der Hand. Er schrie nicht, wie es sonst seine Art war, sondern er fragte leise, fast geheimnisvoll: ‚Du bist doch auch Schriftsteller? Na, dann lies mal. Wird dich interessieren!' Er hielt mir das ‚Hamburger Fremdenblatt'



Gründung des Bataillons „Hans Beimler" der XI. Brigade in Torija. Stabschef Ludwig Renn (links) nimmt die Meldung des spanischen Bataillonsadjudanten entgegen.

hin. In großen Schrifttypen stand über der ganzen Zeitungsseite: ‚Ludwig Renn vor dem Reichsgericht'. Ich wollte weiterlesen, kam aber über Titel und Untertitel nicht hinaus. Wie hypnotisiert blieben meine Augen an der Zeile haften: ‚Ich war, ich bin, ich bleibe Kommunist.' "

Kein Versuch war den Nazis zu teuer

Die Nazis versuchten mit allen Mitteln, Ludwig Renn für sich zu gewinnen. Voller Illusionen waren sie offensichtlich der Meinung, daß Ludwig Renn seine Weltanschauung ändern könnte. Er wurde z. B. als politischer Gefangener nach den Richtlinien der Justiz der Weimarer Republik behandelt. Renn berichtet über die Anbiederungsversuche der Nazis: „Schon bald nach Beginn meiner Haft stellte ich fest, daß ich der einzige politische Gefangene war, den die Nazis nicht geschlagen hatten. Dann erschien ein Nazi-Rechtsanwalt, der mir auf eine auffallend anständige Weise anbot, mich vor Gericht zu verteidigen, und dafür keine Bezahlung haben wollte. Da wußte ich, daß die Naziführung mich gewinnen wollte. Später habe ich auch erfahren, daß Goebbels dahinterstand und Hitler selbst eine geheime Verfügung herausgegeben hatte, daß ich nicht geschlagen werden durfte. Meine Verhaftung war nur ein Druckmittel, um mich gefügig zu machen. Das andere Mittel waren Angebote. Der Rechtsanwalt besuchte mich dazu wiederholt im Gefängnis. Einmal bot er mir den Besuch Alfred Rosenbergs an. Sofort schon mir durch den Kopf: Er wird natürlich nicht in Gefängnis kommen, sondern ich würde zu ihm gebracht, sobald ich ja sage. Dann begrüßt er mich vor Zeugen als neuen Anhänger der Nazis. Was kann ich dann noch tun? Daher sagte ich lächelnd dem Abgesandten: ‚Das Treffen würde für Herrn Rosenberg ebenso peinlich sein wie für mich. Wir unterlassen das besser'. Darauf zog der Rechtsanwalt ab. Er kam jedoch nach einigen Wochen wieder und fragte mich: ‚Haben Sie sich die Sache jetzt überlegt? Sie könnten eine Sonderamnestie des Führers haben.' Dieses Angebot konnte nur von Hitler selbst ausgehen. Ich fragte dagegen: ‚Und was soll die Bedingung für die Amnestie sein?'

Der Rechtsanwalt war ein gewandter Mann mit gutem Benehmen. Meine unverhüllt offene Frage schien ihn zu verwirren. ‚Nur eine Kleinigkeit', erwiderte er, ‚empfangen Sie die ausländische Presse und sagen Sie, daß man Sie nicht geschlagen hat.'

Ich antwortete: ‚Man hat mich nicht geschlagen. Wenn ich das aber öffentlich erkläre, so wird jeder annehmen, daß ich Nazi geworden bin, und das kann ich nicht.' Diese beiden Fälle waren die offensten und deutlichsten Versuche, mich für die Nazis zu gewinnen."

Ludwig Renn saß seine Haftstrafe ab und wurde im Frühjahr 1936 entlassen. Unter Mithilfe der Genossen konnte er in die Schweiz gelangen.

Der Weg ins Ungewisse — Spanien ruft

16. Februar 1936 — in den Wahlen siegte in Spanien die Volksfront. Damit waren die Grundfeste des spanischen Hochadels, der Monopole und der königstreuen Generale stark angeschlagen worden. Mit General Franco an der Spitze meuterten am 18. Juli 1936 die monarcho-faschistischen Generale gegen die legal gewählte Regierung. Der heroische Befreiungskampf des spanischen Volkes begann. Nachdem das faschistische Italien und Nazi-Deutschland den Franco-Faschisten zur Hilfe eilten, um das republikanische Spanien bestialisch zu unterdrücken, war der Zeitpunkt gekommen, daß die



Kommandeur der XI. Brigade, Hans Kahle, im Gespräch mit Stabschef Ludwig Renn (rechts)

gesamte fortschrittliche Menschheit ihre Solidarität mit dem spanischen Volk ausdrückte. Die Bildung der Internationalen Brigaden war der höchste Ausdruck der internationalistischen Solidarität.

Diese Ereignisse waren der Grund für einen Kommunisten wie Ludwig Renn zu versuchen, auf dem schnellsten Wege nach Spanien zu gelangen. Dort wurde jetzt seine Hilfe benötigt. Als revolutionärer Soldat und Militärtheoretiker wollte er alle seine Fähigkeiten für den Sieg des spanischen Volkes einsetzen.

Nachdem man Renn zunächst nur propagandistische Aufgaben zuweisen wollte und er heftig dagegen protestierte, denn er erkannte sofort die militärischen Mängel, wurde Renn Führer des legendären Thälmann-Bataillons und Chef des Stabes der XI. Internationalen Brigade. Unter Renns militärischer und politischer Führung wurden so manche Schlachten gewonnen.

Auf dem Antifaschistischen Schriftstellerkongreß in Madrid und Valencia hielt Renn eine sehr knappe, aber um so überzeugendere und kämpferische Rede an seine Kollegen: „Wir Schriftsteller an der Front haben die Feder aus der Hand gelegt. Denn wir wollen nicht mehr Geschichte schreiben, sondern Geschichte machen. — Wer von Ihnen hier im Saale wünscht meine Feder zu nehmen, der Bruder meiner Gedanken zu sein, für die Zeit, wo ich das Gewehr genommen habe? Seht, hier biete ich die Feder als ein Geschenk an, das kein Vergnügen ist, sondern eine große Pflicht. Und der Name dieser Pflicht: Alles gegen den Faschismus! Alles für die Volksfront! Alles für die Front der Völker! Alles für die Ideen, die dem Kriege feindlich sind! — Kriegsfeindlich, das sagen wir, Männer des Krieges, wir Soldaten! Denn der Krieg, in dem wir mithelfen, ist uns keine Freude, kein Selbstzweck, sondern etwas, das überwunden werden muß! — Kämpft, darum bitte ich euch, für diese Ideen! Kämpft mit der Feder und mit dem Wort, wie es jedem liegt! Aber kämpft!"

Trotz der Niederlage, die das spanische Volk und die Internationalen Brigaden hinnehmen mußten, verfiel Ludwig Renn nie in Resignation.

Auf großen Umwegen zurück nach Deutschland

Nach der Niederlage der Internationalen Brigaden begann wieder für tausende der Weg in Ungewisse. Über die Pyrenäen marschierten die Besiegten nach Frankreich, wo sie neuen Demütigungen in den KZs unterworfen wurden. Ludwig Renn gelang die Flucht aus einem KZ nach Paris, wo er das Buch „Kriegsführung und Propaganda" schrieb. Über England und die USA erreichte Renn Mexiko, wo für ihn eine außerordentlich schöpferische Zeit begann. Er wurde Professor für moderne europäische Geschichte und Sprachen an der alten Universität Morelia. Die Erfahrungen dieser Zeit schrieb er später, wieder in Deutschland, in seinem Roman „Morelia" nieder.

Bis 1946 blieb Renn in Mexiko, wo er Präsident der Bewegung „Freies Deutschland in Mexiko" und des „Lateinamerikanischen Komitees der freien Deutschen" war! Unermüdlich war er für die Sache des Fortschritts tätig.

Für Ludwig Renn war es keine Frage, nach Kriegsende, d.h. 1947 in den besseren Teil Deutschlands, in die damalige Sowjetische Besatzungszone zurückzukehren. Er ging in seine Heimatstadt Dresden. Dort warteten große erzieherische Aufgaben auf ihn. Er leitete in Dresden das Kulturwissenschaftliche Institut und war gleichzeitig Professor für Anthropologie an der Technischen Hochschule. Seiner literarischen Tätigkeit konnte er sich auch widmen. Es entstanden „Morelia, Eine Universitätsstadt in Mexico", „Vom alten und neuen Rumänien", „Der Spanische Krieg", das großartige Kinderbuch „Trini. Die Geschichte eines Indianerjungen" und andere.

Seit Anfang der 50er Jahre lebt Ludwig Renn in Berlin, wo er zeitweise auch an der Humboldtuniversität lehrte.

Bücher von Ludwig Renn.

Im Bertelsmann-Verlag sind vor kurzem die Bücher „Krieg" und „Nachkrieg" erschienen und zwar in der Reihe „Autorenedition". Sie kosten allerdings (etwa) 20 bzw. 24 Mark. Das Jugendbuch „Trini, Geschichte eines mexikanischen Landarbeiterjungen" hat der Weismann-Verlag, München, verlegt. Es kostet 14.80 Mark. Auch verschiedene Ausgaben des Ostberliner Aufbau-Verlags dürften — wenn auch teilweise antiquarisch — in einschlägigen westdeutschen Buchhandlungen erhältlich sein.

Weg mit dem Bonner Überwachungssystem!

Die polizeiliche Datenerfassung nimmt erschreckende Ausmaße an

Der Bonner Innenminister Baum und sein Untergebener, BKA-Chef Herold, liegen sich in den Haaren. „Liberaler Rechtsstaat" gegen „Polizeistaat-Tendenzen"—so wollen die Kommentatoren der bürgerlichen Medien diesen Streit interpretieren.

Schon geifert die CDU: Baum belaste mit seiner „Enthüllungspolitik" die innere Sicherheit und den Einsatzwillen der Polizei „in schwerwiegender Weise". Auf der anderen Seite: Baum als liberaler Vorkämpfer der „Rechtsstaatlichkeit" (beim Bespitzeln und Überwachen) — so der „Stern".

Was man dem von Baum angeforderten Bericht über die Dateien und Karteien des Bundeskriminalamts (BKA) verdanken kann, das ist, daß das erschreckende Ausmaß der polizeilichen Datenerfassung ans Tageslicht tritt. Man erfährt von einer ganzen Liste bisher unbekannter Tatsachen.

Rund drei Millionen Bürger sind vom BKA erfaßt! Allein 135 000 Personen sind in der Datei PIOS (Personen, Institutionen, Objekte, Sachen) in Sachen „Terrorismus" gespeichert! 3 100 Organisationen und Namen sind im Zusammenhang mit der Anmeldung von Demonstrationen im „Nachrichtendienstlichen Informationssystem" (NADIS) des Verfassungsschutzes vermerkt. In einer „Störer-Datei" werden gezielt Teilnehmer von Demonstrationen und Kundgebungen geführt.

Die verschiedensten Anlässe werden wahrgenommen, um die Computer des BKA mit Daten von Bundesbürgern zu füttern. So wurde gerade erst bekannt, daß der Verfassungsschutz von drei Universitäten in Baden-Württemberg die Listen mit den Namen aller Studenten angefordert hat. So wird der Leihverkehr von Bibliotheken überwacht. (Innenminister Baum: „Aber nur, wenn konkrete Hinweise vorliegen"), und auch Aushilfsbriefträger werden „gespeichert". Selbst Besucher von Bundestagsabgeordneten in Bonn, die sozusagen ihrem „Volksvertreter" auf die Bude rücken wollen, werden registriert.

Auf große Empörung stieß auch die Tatsache, daß sogar psychisch Kranke, die aufgrund einer richterlichen Anordnung in eine geschlossene Anstalt eingewiesen wurden, in einer Kartei des BKA geführt werden. Gibt es etwa schon wieder Überlegungen der Vernichtung von „lebensunwertem Leben"?

Manchmal wird die Aufdeckung der Datenerfassung auch peinlich für den einen oder anderen Helfer dieses Systems. So fragte der Intendant des Deutschland-Funks (DLF), scheinbar empört, beim Bonner Innenminister an, ob etwa Mitarbeiter des Senders vom Verfassungsschutz überprüft worden seien. Die Antwort Baums: Nur ein eng begrenzter Kreis von Mitarbeitern des DLF im sicherheitsempfindlichen Bereich sei überprüft worden, und zwar **auf Initiative und mit Zustimmung des DLF!**

Das Datenerfassungssystem wird immer mehr vervollkommnet. So wird die Zentralkartei des BKA, in der die Angaben von 2,3 Millionen Menschen registriert sind, demnächst ersetzt durch den „Zentralen Personenindex", eine Art elektronisches Register, über das in den 1 248 Datenendstationen in Polizeiwachen, Streifenwagen, auf Flugplätzen und an Grenzübergängen erste Kurzinformationen über die „Verdächtigten" in Minutenschnelle bekommen werden können.

Alle möglichen Spezialdateien ermöglichen sogenannte Querschnittsauswertungen, wo blitzschnell zu vorgegebenen Kennzeichen entsprechende Menschen ausgesiebt werden. **Über das NADIS sind BKA, Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Bundesnachrichtendienst (BND) zu einem Apparat verbunden, der Informationssammlung und Polizeifunktionen in sich vereint. Eine Vereinigung, die in letzter Konsequenz auf den Gewaltapparat der Nazis, die Gestapo hinausläuft.**

Wenn Baum jetzt mit der Veröffentlichung dieser erschreckenden Tatsachen an die Öffentlichkeit tritt, dann nicht deshalb, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Es geht ihm vielmehr darum, daß das, was bisher heimlich geschah, eine „gesetzliche" Grundlage erhält, damit die Spitzel- und Schnüffelpraktiken Bonns vom Odium des Anrüchigen befreit werden.

Wenn er zum Beispiel ins Gespräch bringt, ob man die eine oder andere Kartei nicht vernichten sollte, so zum Beispiel die „Kommune-Kartei" oder die Datei „Heroin", so soll damit nur überflüssiger Ballast abgeworfen werden. Denn bei der Bekämpfung des verbrecherischen Heroin-Handels ist Bonn keineswegs so eifrig wie bei der Bekämpfung seiner potentiellen politischen Gegner. **Es geht um die möglichst lückenlose datenmäßige Erfassung aller Werktätigen, um dem Anwachsen der revolutionären Bewegung durch gezielte Schläge begegnen zu können!**

Daß Bonn das ganze Volk datenmäßig „im Griff haben" will, ist an mehreren Punkten sichtbar geworden. So hat zum Beispiel die Westberliner Polizei wochenlang bei normalen Straßenkontrollen systematisch mit Namen, Geburtsdaten, Ausweisnummern usw. den Polizeicomputer gefüttert. Auch die systematische erkennungsdienstliche Behandlung mit Fingerabdruckabnahme bei allen möglichen Anlässen ist ein Beweis dafür. Ebenso wie die Tatsache, daß zu Unrecht Denunzierte nicht wieder aus den Dateien des BKA entfernt wurden!

Alle diese Praktiken sind — so Herold — verfassungswidrig! Von Baum zu erwarten, daß er diese Praktiken beseitigt, wäre eine Illusion. Seine Absicht ist, sie „verfassungskonform" zu machen.

Die Demokraten und Antifaschisten in unserem Land aber wollen überhaupt kein Überwachungssystem, weder ein „verfassungskonformes" noch ein „verfassungswidriges".

5 000 Antifaschisten forderten:

Nazis raus aus Tuttlingen und anderswo!

Volkskorrespondenz aus Tuttlingen

Am Sonntag, den 6. Mai hielt die NPD Baden-Württembergs ihren Landesparteitag in Tuttlingen ab. Von der Stadt Tuttlingen hatte sie dafür die Stadthalle zur Verfügung gestellt bekommen.

Zusätzlich war ihr nach anfänglichen Verboten eine Demonstration und Kundgebung erlaubt worden, während einer antifaschistischen Aktionseinheit dies verboten wurde. Lediglich die VVN durfte, weit weg von der Stadthalle, eine Demonstration durchführen.

7.30 bis 9 Uhr am Sonntag. Nach und nach treffen die Antifaschisten in Tuttlingen ein. Viele von ihnen sind schon weit vor Tuttlingen von der Polizei angehalten und durchsucht, teilweise auch fotografiert worden. Am Autobusbahnhof sammeln sich die Antifaschisten und formieren sich zu einer „spontanen" Kundgebung. Die „Anregung", am Schluß sich die Stadthalle und die Absperrung doch mal näher anzuschauen, wird geschlossen befolgt.

Ein Zug von mehreren tausend Antifaschisten zieht zum Stadtgarten. Zum ersten Mal an diesem Tag ist die Tuttlinger Innenstadt überfüllt von unseren Transparenten und Parolen: „Nazis raus aus Tuttlingen und anderswo!"; „Die Faschisten rüsten fleißig für ein neues '33" und vor allem angesichts der Absperrungen, Wasserwerfer und kampfmäßig ausgerüsteten Polizei: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten." Immer wieder auch Hochrufe auf die internationale Solidarität. Ein starker Block türkischer Antifaschisten ist dabei.

Ein erster wichtiger Erfolg ist erreicht: Das unverschämte Verbot von Kundgebung und Demonstration der Antifaschisten ist durchbrochen!

Ca. 12 Uhr. In kurzen Abständen hintereinander geben sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Klinke der Tür zum Tuttlinger Friedhof in die Hand, legen Kränze nieder und halten kurze Ansprachen über die Tuttlinger KZ-Opfer. Mancher von ihnen wird sich wahrscheinlich im Grabe umgedreht haben angesichts der Tatsache, daß ausgerechnet die Vertreter der Parteien, die den neuen Nazis die Stadthalle geben, ihre Demonstrationen und Kundgebungen genehmigen und die Polizei zu ihrem Schutz befehligen, hier eine Gedenkrede für die Nazi Opfer vom Stapel lassen.

Es schließt sich eine Demonstration an, an der sich alle Antifaschisten beteiligen.



Demonstration am 1. Mai in Stuttgart

Zwei Stunden später: An drei Stellen rund um die Stadthalle formieren sich die Antifaschisten hinter den Absperrungen, entschlossen, die Neonazis nicht herauszulassen. Hier, an Ort und Stelle, sucht man DKP, SDAJ und alle die, die vorher große Reden gehalten haben, vergebens. Nur einige ihrer Mitglieder haben die Appelle ernst genommen und reihen sich ein.

Denn obwohl alle müde sind und kaum Zeit zum Essen hatten, ist die Stimmung kämpferisch. Pausenlos schallen die Parolen und Lieder zur Stadthalle hinüber.

Die Angriffsvorbereitungen der Polizei werden mit gellenden Pfeifkonzerten beantwortet. Aufforderungen, Fahnenstangen und angebliche Kanteisen zu entfernen, mit Gegenaufforderungen an die Polizei, ihre Angriffswaffen, Schlagstöcke, Schilder und Wasserwerfer zu entfernen. Die ersten NPDler erscheinen vor der Stadthalle, Visiere werden heruntergeklappt, die Schläuche nähergerückt. „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!" ist eine unserer Antworten. Die „Internationale" ertönt.

Und dann, es ist wohl schon nach 16 Uhr, kommt die Durchsage von drüben: „Der Oberbürgermeister von Tuttlingen hat die Demonstration und Kundgebung der NPD aufgrund Paragraph soundso verboten. Wir bitten Sie, den Delegierten der NPD den freien Abzug aus Tuttlingen zu ermöglichen."

Spontan bricht Jubel und Beifall los. Uns ist klar: Wir haben einen großen Erfolg erreicht. Fast alle „Zuschauer" teilen unsere Freude, denn auch sie sind gegen die NPD. Aber uns ist klar, wir müssen bleiben, bis der letzte Nazi aus Tuttlingen raus ist. Sowie sichtbar ist, nach welcher Seite der Abzug erfolgen soll, wird eine Gasse gebildet. Transparent darübergespannt. Und dann beginnt der letzte Akt, wie ihn sich die Faschisten sicherlich anders vorgestellt haben.

In Zweierreihe, mit eingerollten Fahnen, links und rechts flankiert von schwerbewaffneten Polizisten, müssen die NPDler abziehen durch ein Spalier, das länger und länger wird. Ihre Gesichter sind ängstlich und kleinlaut geworden. Ein jämmerlicher Haufen alter und junger Faschisten, der nur unter Staatsschutz existieren kann. Wir zeigen ihnen unsere Fäuste und unseren Haß: Nazis raus aus Tuttlingen und anderswo!

Hamburg.

Sieben Antifaschisten wurden von einem riesigen Polizeiaufgebot festgenommen, das am 5. Mai ein Häuflein Neofaschisten gegen eine empörte Menge von 700 Antifaschisten, Kommunisten und Gewerkschafter schützte. Die Neonazis hatten versucht, auf einem „Informationsstand" Hetzreden zu halten.

Kamen.

Rund 1 500 Antifaschisten demonstrierten ihren Protest gegen das Nazi Ausbildungszentrum „Gut Barenbräucker". Auf dem Sitz der berüchtigten „Harting-Bande" werden Neonazis paramilitärisch ausgebildet. Zu der Aktion hatten 20 antifaschistische Organisationen aufgerufen.

Fürstenfeldbruck.

Mit Schlagstöcken ging die Polizei gegen Antifaschisten vor, um einem Fanfarenzug der neonazistischen „Wiking-Jugend" den Weg zu einer Hetzveranstaltung der „Deutschen Volksunion" zu ebnen. Auf der Veranstaltung forderten DVU-Chef Frey und der ehemalige Nazi Oberst Rudel Generalamnestie und „Wiedergutmachung" für verurteilte Nazi-Verbrecher.

Veranstaltung gegen Reaktion und Faschismus:

Zusammenschluß der Initiativen ist notwendig!

Zu einer Veranstaltung gegen Reaktion und Faschismus in unserem Land war am 8. Mai, dem Tag des Sieges über den Faschismus, in Bochum eingeladen worden. Und 160 Besucher kamen.

Sie kamen zu einer lebendigen und abwechslungsreichen Veranstaltung, die von der Antifaschistischen Initiative Witten, der Initiative „Weg mit dem NPD-Büro in Wattenscheid", der Frauengruppe „Frau am Arbeitsplatz" aus Bochum und dem Antifaschistischen Komitee Bochum getragen wurde. Ihr Zweck war die Verbreitung der Ziele, für die der bekannte „Aufruf gegen Reaktion und Faschismus" (abgedruckt im RM 5/79) eintritt.

Die verschiedenen Bereiche, in denen Antifaschisten und Demokraten arbeiten, wurden vorgestellt. Die Wattenscheider Initiative gegen das NPD-Büro berichtete über das empörende Verhalten der Stadt Bochum auf ihren Antrag hin, die von den NPD Faschisten geschmierten Parolen zu entfernen. Die Stadt lehnte das ab. „Nur, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung verletzt wird", würden Parolen entfernt.

Dabei geht es um Sprüche wie „Juda verrecke" und „Laßt Heß frei" und andere. Eine offen antisemitische Pogromhetze wie „Juda verrecke" verletzt also nach Ansicht der Stadt Bochum nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung! Die Initiative zog aus dem Verhalten der Stadt den Schluß, ihren Kampf für die Beseitigung des NPD-Büros zu verstärken.

Ein Mitglied des Stadtverbandes der GEW Bochum erhielt sehr viel Beifall für seinen lebendigen Beitrag zum Kampf gegen die Berufsverbote. Als Lehre für alle Betroffenen stellte sich heraus, daß man sich durch die Anhörungen und bereits erteilten Berufsverbote nicht einschüchtern lassen soll.

Das gleiche Thema, unter vielen anderen, behandelte das „Kabarett K." aus Mülheim, das durch sein kabarettistisches Können großen Erfolg hatte. Die Zuschauer bogen sich vor Lachen.

Ein weiterer Bericht zeugte von der intensiven Öffentlichkeitsarbeit, mit der Bochumer Antifaschisten über die skandalösen Freisprüche im Bochumer NS-Prozeß informiert haben. Auch schon während des ganzen Prozeßverlaufs waren sie an die Öffentlichkeit getreten.

Rechtsanwalt Flint aus Dortmund berichtete über den breiten Widerstand gegen das berüchtigte „Todesschußgesetz". Wie er hervorhob, ist es diesem Widerstand zu verdanken, daß der reaktionäre Länderinnenminister-Entwurf mit dem „Todesschußparagraphen" bisher nur im Land Bayern Gesetzeswirklichkeit geworden ist. Er wurde aber von Teilnehmern zugleich darauf hingewiesen, daß der Kampf nicht nur gegen das Todesschußgesetz, sondern gegen den gesamten staatlichen Unterdrückungsapparat geführt werden muß.

Über die Konsequenzen, die aus dem brutalen Aussperrungsterror der Stahlkapitalisten im vergangenen Stahlstreik gezogen werden müssen, sprach auf dieser Veranstaltung der Hoesch-Betriebsrat H. Siemon. Er erinnerte daran, daß die Forderung nach gesetzlichem Verbot der Aussperrung im DGB verankert ist. Eigentlich müßte es ein Leichtes sein, ein derartiges Verbot durchzusetzen, da ja über die Hälfte der Bundestagsabgeordneten Mitglieder des DGB sind. Die Tatsache aber, daß sich im Bonner Parlament nichts tut, demonstriert augenfällig, wie der Kampf gegen die Aussperrung von der Gewerkschaftsführung boykottiert und gespalten wird.

Aus den Beiträgen auf dieser Veranstaltung ergaben sich für alle, die mit Neofaschisten und den Faschisierungsmaßnahmen des Staates konfrontiert werden, zwei Schlußfolgerungen: Wer etwas dagegen tun will, kann das nicht als einzelner tun, er muß in Initiativen mitarbeiten. Und: Die bestehenden vielfältigen Initiativen müssen sich unter einer einheitlichen Stoßrichtung zusammenschließen.

Zu dieser Aufgabe, die jetzt angepackt werden muß, war diese Veranstaltung ein erster Schritt: Darüber waren sich die Teilnehmer einig, als sie zum Abschluß vor dem Versammlungslokal gemeinsam das „Lied der Moorsoldaten", das Kampflied der Insassen des KZs Börgermoor, sangen.

Das Erdbeben erschütterte unsere Berge, aber nicht unsere Herzen



Am Sonntagmorgen, am 15. April kurz nach 7 Uhr fing auf einmal das ganze Gebäude, in dem wir in Tirana wohnten, fürchterlich an zu wackeln. Wir waren wie gelähmt, hatte doch kaum einer von uns jemals ein Erdbeben erlebt. Fast eine Minute dauerte es. Die Menschen waren inzwischen meist auf die Straße gelaufen. Man sagte uns, daß ein so starkes Erdbeben in Tirana noch nie zu spüren war. Alle machten sich Sorgen. Dann kamen die Nachrichten von den schweren Zerstörungen und zahlreichen Opfern im Norden des Landes, vor allem in den Bezirken Shkodra und Lezha. Albanien war von dem stärksten Erdbeben seit der Befreiung heimgesucht worden.

Überall in den Gesprächen spürten wir, wie die Menschen in Tirana mit den im Norden so schwer von dieser Naturkatastrophe Betroffenen mitfühlten, als wären es ihre Brüder und Schwestern, als wären sie selbst betroffen. Tioefes Mitgefühl empfinden die Menschen, aber kein Jammern und



Die Trümmer werden beiseite geschafft.

Wehklagen ist zu spüren. Sofort wird praktisch gedacht.

Wir hören, daß das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens und der Ministerrat der Sozialistischen Volksrepublik Albanien noch am selben Sonntag ein Telegramm an die Bevölkerung der Bezirke Shkodra und Lezha gesandt hat, in dem ihr die sofortige volle Unterstützung von Partei und Staat zugesichert wurde. Wir hören von dem Beschluß des Ministerrats desselben Tages, daß bis zum 1. Oktober alle zerstörten oder beschädigten Wohnhäuser, Schulen und anderen Gebäude auf Staatskosten wiederaufgebaut oder ausgebessert sein sollen.

Am Montag oder Dienstag machen wir abends einen interessanten Vergleich im Fernsehen. Zunächst sehen wir die Nachrichten des italienischen Fernsehens, die ja jeden Abend vom albanischen Fernsehen verstärkt werden und im ganzen Land gut zu empfangen sind. Zum Schluß kommt eine Reportage aus dem Erdbebengebiet im Süden Jugoslawiens. Der Reporter erzählt lang und breit von dem Warten auf internationale Hilfe dort und preist ihre Notwendigkeit. — Nun, inzwischen ist ja bekannt, daß im revisionistischen Jugoslawien nicht anders als damals in Nicaragua oder anderswo in der kapitalistischen Welt Sendungen mit Hilfsgütern irgendwo in dunklen korrupten Kanälen verschwunden sind. — Die Bilder der Reportage zeigen Gelähmtheit der Menschen, ihre Traurigkeit. Sie wirken dem Schicksal überlassen.

Ganz andere Bilder sehen wir anschließend im albanischen Fernsehen in der Reportage aus dem Norden Albaniens. Die Menschen sind bereits in Notunterkünften untergebracht. Sie packen zu. Schüler und Alte, Bauern und Arbeiter, Männer und Frauen haben Ketten gebildet und räumen auf. Die Bilder strahlen Lebenskraft und Optimismus aus.

Man berichtet uns von den großen Initiativen im Zeichen der sozialistischen Solidarität, die überall im Lande entstehen. Die Genossenschaftler von Divjak in der einst malariaverseuchten und versumpften, heute aber sehr fruchtbaren Myzeqe-Ebene beschlossen, dem Staat 200.000 Lek zum Bau von 6 Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Die Belegschaft des Kunstgewerbebetriebes „Migjeni" in Tirana beschloß, einen Tag umsonst zu arbeiten und den Erlös zum Wiederaufbau in dem Erdbebengebiet zu spenden. Diesen revolutionären Initiativen schlossen sich in den Tagen darauf gleich zahllose weitere Betriebe und Abteilungen an, die die Höhe dieser Spenden oft weit überboten. Überall wurden unverzüglich LKWs mit Baumaterial in den Norden losgeschickt. Zahlreiche Freiwillige meldeten sich, um einen Monat oder länger beim Wiederaufbau zu helfen.

Besuch im Bezirk Shkodra

In der Woche darauf fuhr unsere Gruppe selbst nach Shkodra, um unseren albanischen Klassenbrüdern beizustehen und einen wenn auch nur symbolischen Beitrag zum Wiederaufbau zu leisten. Auf der Hinfahrt kamen wir durch die Stadt Lezha. Die Altstadt lag fast völlig in Trümmern. Nicht oder kaum beschädigt waren Neubauten, ebensowenig Fabriken. Auch auf der Weiterfahrt stellten wir in den Dörfern fest, daß vor allem die alten Häuser eingefallen waren. In der Stadt Shkodra gab es keine nennenswerten Schäden, von dem alten Vorort „Bahcallek" an der Brücke über den Drin abgesehen.

In Shkodra begrüßten uns der Sekretär des Bezirksparteikomitees Adem und andere Genossen. Er gab uns zunächst einen Überblick über die Lage. 34 Tote und über 300 Verwundete hatte allein der Bezirk Shkodra zu beklagen. Über 6.000 Häuser waren eingestürzt oder beschädigt, über 4.000 davon so schwer, daß sie völlig neu gebaut werden müssen. Das Beben war so stark, daß sich die Bauern auf dem Feld teilweise kaum auf den Beinen halten konnten, ein Radfahrer z. B. vom Rad gestürzt war, an einzelnen Stellen kam Wasser als Fontäne aus der Erde geschossen und es entstanden tiefe Risse. Er betonte, daß sie noch Glück im Unglück hatten. Denn gemessen an der Zahl der eingestürzten Häuser wäre die Zahl der Toten und Verwundeten



Schon werden die ersten Mauern hochgezogen.

noch relativ gering. Dieser Sonntag war nämlich ein großer Aktionstag in der Landwirtschaft. Alles, was Beine hatte, war daher um diese Uhrzeit schon auf dem Feld.

Er berichtete, daß sie am Sonntagmorgen in den ersten Stunden vor drei großen Sofortaufgaben gestanden hatten:

— Schnellste Bergung der Toten und Verwundeten und erste Hilfe. Bis 10 Uhr befanden sich alle Verwundeten bereits unter ärztlicher Aufsicht. Impfung der Bevölkerung.

— Versorgung der betroffenen Dörfer mit Brot und anderen Lebensmitteln sowie Trinkwasser, da häufig Bäckereien, Lebensmittelgeschäfte und Wasserleitungen zerstört waren. Bis zum Mittag waren alle Dörfer versorgt. Ferner wurden Decken, Matratzen, Geldspenden usw. bereitsgestellt.

— Beschaffung von Notunterkünften und Aufstellen von Zelten. Für den Bezirk war es keine leichte Aufgabe, für zigtausende Obdachlose Zelte bereitzustellen. Der Bezirk erhielt sofort die Hilfe des Staates. Und wenn die Zelte nicht reichten, behalf man sich mit Plastikbahnen, die sonst für Treibhäuser verwendet werden. Am Abend hatten alle ein Dach über dem Kopf.

Er berichtete uns, daß bereits am Sonntagvormittag zahlreiche Genossen der Partei- und Staatsführung und am Montag auch der Genosse Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrats und Mitglied des Politbüros, und Genosse Ramiz Alia, Sekretär des Zentralkomitees und Mitglied des Politbüros der Partei, bei ihnen eingetroffen waren, um sich selbst ein Bild von der Lage zu verschaffen und den Genossen des Bezirks mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Er betonte die große Solidarität der Bevölkerung aus allen Teilen des Landes.

1.000 Spezialisten aus anderen Bezirken sind bereits angekommen, tausende weitere werden erwartet. 25% der Spezialisten und alle Hilfskräfte stellt der Bezirk jedoch selber. Gerade am Vortag hatte eine große Aktion von 10.000 Freiwilligen stattgefunden. Ebenso würdigt er die Solidaritätsbekundungen von ausländischen Bruderparteien, Freundschaftsgesellschaften und Persönlichkeiten. Er erklärt uns, wie die Arbeit organisiert wird, daß es in der ersten Phase darum geht, die leichter beschädigten Häuser zu reparieren und lebensnotwendige Objekte wiederherzustellen, wie die Bäckereien, Kinderkrippen und -gärten, Krankenhäuser, Elektrizitätsversorgung usw.

Proletarischer Internationalismus

Ansonsten besteht die Hauptarbeit derzeit noch im völligen Abreißen der eingestürzten Häuser. Und an den Abbrucharbeiten werden auch wir mitwirken. Am nächsten Morgen fahren wir zum Zentrum der Landwirtschaftlichen Genossenschaft Bushati. Auf dem Gelände der höheren Landwirtschaftsschule ist eine ganze Zeltstadt errichtet. Hier wohnen die Aktionisten aus anderen Bezirken, sind die Kantine und der Leitungsstab untergebracht, während in anderen Zelten die Schüler Unterricht haben. Der Leiter des Stabes begrüßt uns sehr herzlich, gibt uns einen kurzen Überblick über den Stand der Arbeiten und teilt uns einer Brigade am Entbindungsheim zu, das weitgehend zerstört ist. Die Arbeiter der Brigade sind aus Durres gekommen, um zunächst einen Monat hier zu helfen. Für diese Zeit verzichten sie sogar auf ihren Lohn!

Mit dem Parteisekretär Adem voran bilden wir Ketten, räumen aus den Trümmern die Backsteine weg und schichten sie am Rand auf, damit sie für den Neubau wieder verwendet werden können. In den Pausen gibt es immer wieder herzliche Szenen zwischen uns deutschen Arbeitern und den albanischen Arbeitern. Wir wünschen ihnen Glück und viel Erfolg, äußern unsere Bewunderung darüber, wie die Albaner, geführt von der Partei der Arbeit, auch in so schwierigen Situationen konsequent an dem Prinzip sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, festhalten.

Zugleich versichern wir, daß wir gerne länger bleiben würden. Sie antworten: Eure Front ist zu Hause, euer konsequenter Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse und den Sieg der Revolution in Deutschland ist die beste Hilfe für uns. Es lebe der proletarische Internationalismus! Nach einigen Stunden sind mit Feuereifer alle Steine weggeräumt, „die Norm ist erfüllt". Die Genossen bedanken sich, wir verabschieden uns.

Der neue Mensch des Sozialismus

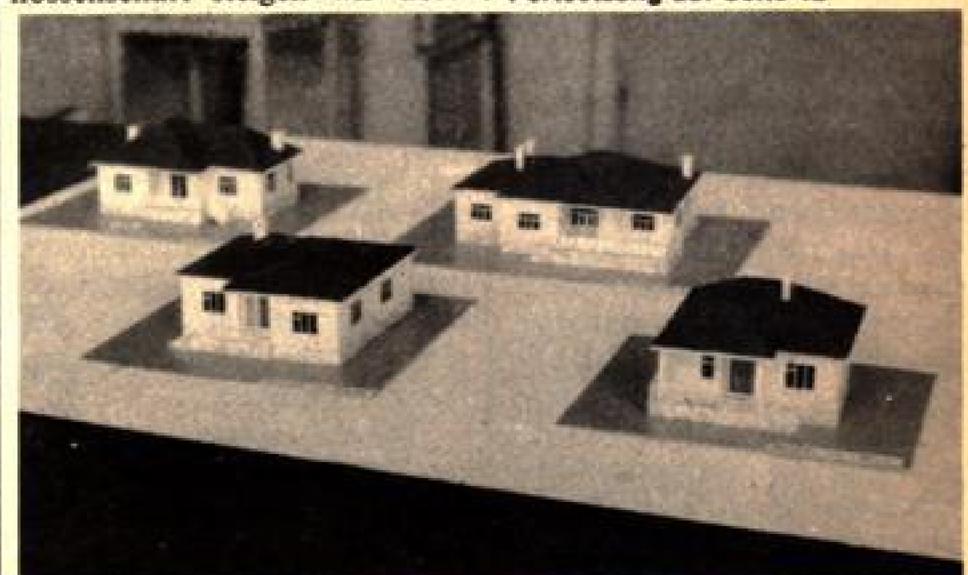
Wir besuchen nun die landwirtschaftliche Genossenschaft Daiçi an der Buna. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Genossenschaft steigen wir dort auf den Flußdeich und laufen ein Stück flußabwärts. Hier in den Dörfern unmittelbar am Fluß, der bald ins Meer mündet, waren die größten Schäden. Allein diese Genossenschaft hatte 23 Tote zu beklagen. Die verstreut liegenden Häuser sind oft völlig zusammengefallen. Der Dachstuhl liegt auf der Erde. Der Genosse sagt uns, der Fluß bilde hier die Grenze zu Jugoslawien, auf der anderen Seite sehe es genauso aus.

„Wir werden hier alle Häuser des Dorfes, auch die noch stehenden, niederreißen, und Partei und Staat werden den Bauern dort drüben", der Vorsitzende deutet in Richtung eines Hügels, „das Dorf ganz neu, als geschlossenes Dorf, viel schöner und stärker als vorher aufbauen." „Ja, auf dem Hügel", ergänzt der Genosse Adem, „denn wissenschaftliche Forschungen haben ergeben, daß dort die Auswirkungen von Erdbeben am geringsten sind. Insgesamt werden wir sechs Dörfer völlig neu bauen. Beim Bezirk sind bereits sehr schöne Entwürfe eingetroffen, die den Bewohnern vorgelegt werden, damit sie ihre Wünsche anmelden. Die Häuser sollen ja ihrem Geschmack entsprechen, denn sie werden ihnen nach wie vor gehören, auch wenn sie auf Staatskosten errichtet werden." Wir erfahren ferner, daß die neuen Häuser alle erdbebengesichert gebaut werden.

„Hier in diesem Haus", sagt der Vorsitzende, „ist ein 14jähriges Mädchen zusammen mit einem 2jährigen umgekommen. Anstatt gleich ins Freie zu laufen, hatte uie 14jährige Margarita versucht, das kleine Nachbarkind, auf das sie aufpaßte, mit ihrem Körper zu schützen, als das Beben begann. " „Dort in diesem Zelt wohnen jetzt die Eltern der Kleinen." Es ist gerade Mittagspause, der Vorsitzende läßt bei der Mutter im Zelt fragen, ob wir ihr Beileid wünschen können.

Sie empfängt uns vor ihrem Zelt, jung, hochgewachsen, mit einem fein geschnittenen, doch markanten Gesicht. Sie blickt ernst, aber gefaßt, als wir ihr alle die Hand geben. Dann antwortet diese junge Dorfbewohnerin: „Es lebe die Partei, es lebe Genosse Enver. Die

Fortsetzung auf Seite 12



So sehen die neuen Häuser im Modell aus. Sie werden alle auf Staatskosten gebaut.

Vor 30 Jahren, am 8. Mai 1949, wurde das sogenannte „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" verabschiedet. Am 23. Mai 1949 trat es in Kraft. Die Spaltung Deutschlands war damit besiegelt. Die Weichen waren gestellt für eine Entwicklung, die das deutsche Volk damals wie heute unheildrohend belastet.

In einer Artikelserie befaßt sich der „Rote Morgen" mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates. Im ersten Teil des vorliegenden Artikels (siehe RM 19/79) behandelten wir das Potsdamer Abkommen und die Spalter- und Sabotagetätigkeit der westlichen Besatzungsmächte in Deutschland.

30 Jahre Bundesrepublik

So wurde Deutschland gespalten

Teil II

Während die Westmächte die Arbeit der zentralen Alliierten Kontrollorgane zunehmend behinderten und blockierten, entfalteten sie in den von ihnen besetzten Gebieten hektische Spalteraktivitäten. Mit einer Reihe von Seperatberatungen, -abkommen und -maßnahmen trieben sie die Teilung Deutschlands voran.

Bizone, Marshall-Plan, Währungsreform

Bereits am 2. Dezember 1946 schlossen die amerikanischen und britischen Imperialisten ein Abkommen über eine Zusammenfassung ihrer Besatzungszonen zur sogenannten Bizone. Das Abkommen trat am 1. Januar 1947 in Kraft. Nun wurden alle die Bizone betreffenden Fragen unter Umgehung des Alliierten Kontrollrats und unter Mißachtung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens von anglo-amerikanischen Organen entschieden. Der erste große Schritt zur Errichtung eines westdeutschen Spalterstaats war getan.

Eine wesentliche Bedeutung in der Spaltungstätigkeit der US-Imperialisten erlangte der sogenannte Marshall-Plan, der im Juni 1947 beschlossen wurde. Mittels dieses Planes wollten die USA die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der im Kriege geschwächten Länder ausnutzen. Unter dem Deckmantel der Hilfe gaben sie Kredite, lieferten Waren und suchten so die betreffenden Länder in ökonomische, politische und militärische Abhängigkeit zu bringen. Der Marshall-Plan war das Kernstück der sogenannten Truman-Doktrin, dieser Kampfansage des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und alle demokratisch-revolutionären Bewegungen. Die Verkündigung dieser Doktrin durch den US-Präsidenten Truman im März 1947 bezeichnet den offiziellen Beginn des kalten Krieges.

Die deutschen Westzonen wurden im Sommer 1948 in den Marshall-Plan einbezogen. Gleichzeitig wurde die Bizone unter Einschluß der französisch besetzten Zone zur Trizone erweitert.

Begleitet und untermauert wurde die Einführung der Marshall-Plan-Hilfe für Westdeutschland durch eine separate Währungsreform in den Westzonen. Die Währungsreform, die den Werktätigen die letzten Barmittel nahm und die in Sachwerten angelegten Kriegsprofite und Schiebergewinne der Kapitalisten unberührt ließ, errichtete eine Valutabarriere quer durch Deutschland. Sie schuf faktisch zwei Währungsgebiete, deren wirtschaftliche, soziale und politische Struktur sich mehr und mehr unterschied. Die Währungsreform war die finanzwirtschaftliche Vorbereitung der Gründung des westdeutschen Separatstaats.

Die separate Währungsreform war von den Westmächten bereits heimlich vorbereitet worden, während sie noch mit der Sowjetunion über das Zustandekommen einer Währungsreform für ganz Deutschland verhandelten. Schon 1947 wurde in den USA mit dem Druck des vorgesehenen Geldes begonnen; das Geld wurde unter strengster Geheimhaltung nach Westdeutschland transportiert und dort deponiert.

Die Währungsreform in den Westzonen zielte auch auf die Zerrüttung der Währung, der Finanzen und der Wirtschaft in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Am 23. Juni 1948 führten die Westmächte die neue Separatwährung auch in den Westsektoren Berlins ein. In der **einen** Stadt gab es nun **zwei** Währungen. Das mußte das einheitliche Wirtschaftssystem der Stadt zerstören und damit auch der politischen Spaltung Tür und Tor öffnen. Die sowjetische Militärverwaltung war gezwungen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Gegenmaßnahmen wurden von den Westmächten wiederum zur Erzeugung von Kriegshysterie, zur Vorbereitung unmittelbarer Kriegshanlungen ausgenutzt; Westberlin wurde von ihnen zur „Frontstadt" ausgebaut. Die Westmächte trieben die Auseinandersetzung bis hart an den Ausbruch eines neuen, eines dritten Weltkrieges. Mit der wirtschaftlichen Spaltung Deutschlands verschärften sie gleichzeitig auch die politische und militärische Konfrontation ungeheuer.

Deutsche Imperialisten spalten mit

Die Spaltungspolitik der Westmächte war nur durchführbar in Zusammenarbeit mit der zunächst niedergeschlagenen, unter den Fittichen der Dollar-, Pfund- und Franc-Barone jedoch sich wieder aufrappelnden deutschen Bourgeoisie. Das Hauptanliegen der deutschen Imperialisten und Junker war es, die Westzonen gegen die sich im Osteuropa vollziehende antifaschistische Umwälzung abzuschirmen, um so auf dem noch verbliebenen Raum im Bündnis mit dem US-Imperialismus ihre Macht erhalten bzw. wieder aufrichten zu können.

Wie sehr die Spaltungspolitik der Westmächte im Interesse der deutschen Monopolherren und Bankiers lag, geht aus den Aussagen ihrer führenden politischen Repräsentanten hervor. So äußerte der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer schon am 5. Oktober 1945 in einem Interview, daß es das beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden, dessen Wirtschaft man so eng wie möglich mit der Frankreichs und Belgiens verflechten müsse. Und der SPD-Führer und fanatische Antikommunist Kurt Schumacher erklärte im Oktober 1947: „Die Aufteilung Deutschlands ist eine bereits vollendete Tatsache. Die schnellstmögliche Schaffung friedlicher Lebensbedingungen für die Deutschen außerhalb der sowjetischen Einflußzone ist daher lebensnotwenig." Schumacher forderte als erster Politiker die Angliederung Berlins an die Westzonen.



Adenauer und Hitler-Finanzier Pferdmenges in vertraulichem Gespräch



Die Abspaltung der drei Westzonen wird vollzogen. Adenauer und der amerikanische Hohe Kommissar McCloy.

Inspiriert vom Geklimper der Dollars schmiedeten die westdeutschen Separatpolitiker ihre Pläne, zimmerten sie ihre Konferenzen und Ausschüsse, hintertrieben sie die Durchführung des Potsdamer Abkommens und trugen ihren Teil zur Spaltung Deutschlands bei. Ihr Vorgehen war dabei ein getreues Spiegelbild des Vorgehens ihrer westlichen Besatzungsherren, vor allem der USA-Imperialisten.

Im Juni 1947 fand in München die erste und einzige Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder statt. Die Konferenz, zu der vom bayrischen Ministerpräsidenten Ehard eingeladen worden war, sollte nach den Worten der Einberufer zur wirtschaftlichen Notlage in Deutschland Stellung nehmen und einen Notruf an den Alliierten Kontrollrat ergehen lassen. Da jedoch das größte Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands das Fehlen eines einheitlichen deutschen Staates und die Behinderung des Warenaustausches zwischen den einzelnen Gebieten Deutschlands war, forderten die Delegierten aus der SBZ. die Frage der „Bildung einer deutschen zentralen Verwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung des deutschen Einheitsstaates" auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wurde von den Vertretern aus den Westzonen, die von den Militärgouverneuren entsprechende Instruktionen erhalten hatten, abgelehnt. Die Vertreter aus der SBZ verließen, nachdem ihnen selbst die Abgabe einer Erklärung vor der Konferenz verweigert worden war, die Zusammenkunft. Mit ihrem Vorgehen schnitten die westdeutschen Separatpolitiker jede Zusammenarbeit mit den Vertretern aus dem Osten Deutschlands ab.

Bei allen Separat- und Spalteraktivitäten der Westmächte gingen ihnen die imperialistischen Politiker Deutschlands dienstfertig zur Hand. Bereits bei der Gründung der Bizone wurde aus deutschen Vertretern — Vertretern der Monopole, prominenten Hitlerfreunden und -finanziers mit dem berüchtigten Banker Pferdmenges an der Spitze — ein bizonaler „Wirtschaftsrat" gebildet!. Dieser Wirtschaftsrat" bereitete unter anderem die separate Währungsreform in den Westzonen vor, wobei der spätere Kanzler Ludwig Erhard als Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit" eine entscheidende Rolle spielte. Auf Beschluß der Militärgouverneure der Bizone wurde im Januar 1948 der Wirtschaftsrat von 52 auf 104 Mitglieder erweitert; ein Exekutivrat mit den Aufgaben einer Regierung, ein oberster Gerichtshof und eine Länderunionsbank wurden ins Leben gerufen. Mit ihrem Vorgehen schufen die angloamerikanischen Imperialisten ein de-facto-Parlament und eine de-facto-Regierung. Die Zusammenarbeit der Alliierten und die vierseitige Kontrolle über Deutschland war endgültig zerstört. Am 20. März stellte der Alliierte Kontrollrat für Deutschland faktisch seine Tätigkeit ein.

Die Volkskongreßbewegung

An der Seite der Sowjetunion kämpften die deutschen Kommunisten und Antifaschisten, kämpften die deutschen Werktätigen für die Einhaltung der Potsdamer Beschlüsse, gegen die Spaltung Deutschlands. Sie verstärkten ihren Kampf in dem Maße, wie die Spaltungsabsichten der westlichen Imperialisten und ihrer westdeutschen Gallionsfiguren deutlicher wurden.



Die Volkskongreßbewegung knüpfte an die revolutionäre Tradition des deutschen Volkes an.

Am 6. und 7. Dezember 1947 trat in Berlin der I. Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Delegierte aus allen Besatzungszonen und allen Bevölkerungsschichten nahmen an ihm teil; er war die erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Krieg. Der Volkskongreß bekundete den Willen des deutschen Volkes nach politischer und wirtschaftlicher Einheit und nach einem Friedensvertrag. Er forderte für das deutsche Volk das Recht, durch Volksabstimmung über die demokratische Einheit und die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller demokratischen und antifaschistischen Parteien zu entscheiden. Der Volkskongreß leitete eine neue Stufe des Kampfes um die nationale Einheit Deutschlands ein; aus ihm wuchs eine starke nationale Bewegung hervor.

Der II. Deutsche Volkskongreß, der am 17. und 18. November 1948 tagte, wählte einen Deutschen Volksrat und beschloß ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands. Dieses Volksbegehren wurde im Sommer 1948 durchgeführt. In den Westzonen hatten die Patrioten dabei mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der amerikanischen und französischen Zone war die Durchführung des Volksbegehrens verboten worden, in der britischen Zone wurde sie stark behindert. Trotzdem gaben in Nordrhein-Westfalen 750.000 Menschen ihre Unterschrift. In allen vier Besatzungszonen stimmten 14.766.000 Menschen für die Einheit Deutschlands.

Obwohl die Volkskongreßbewegung noch an Stärke gewann, konnte sie die Gründung eines westdeutschen Separatstaats nicht verhindern.

Der Separatstaat

Im Sommer 1948 hatten die Westmächte neben der Schaffung einer Trizone und der Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshall-Plan auch die Bildung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, des „Parlamentarischen Rates", beschlossen. Dieser parlamentarische Rat wurde nun unverzüglich gebildet; er beriet und verabschiedete schließlich am 8. Mai 1949 gegen die Stimmen der Kommunisten das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland". Nachdem die drei westlichen Militärgouverneure dieses Grundgesetz genehmigt und ihm damit Gesetzeskraft verliehen hatten, trat es am 23. Mai 1949 in Kraft. Auf seiner Grundlage wurden im Sommer die Wahlen zum Bundestag durchgeführt. Mit Bundestag und Bundesrat konstituierte sich schließlich am 7. September 1949 endgültig der westdeutsche Separatstaat.

Die Geschichte der Spaltung Deutschlands wäre nicht vollständig, wenn man die gleichzeitige Einbeziehung Westdeutschlands in die Militärstrategie der Westmächte außer acht ließe. Mit der Gründung des westdeutschen Separatstaates war den westlichen Imperialisten und westdeutschen Militaristen in ihren kriegerischen Bestrebungen weitgehend freie Hand gegeben. Am 17. und nochmals am 29. August 1950 bot Konrad Adenauer den Westmächten deutsche Soldaten für den Koreakrieg an. Die westlichen Imperialisten wiederum hielten nach Adenauers Angebot den Zeitpunkt für gekommen, auf der Tagung ihrer Außenminister und des Rates der NATO in New York im September 1950 erstmals offen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu behandeln! Der NATO-Rat faßte den Beschluß, daß die Bundesrepublik „in die Lage versetzt werden soll, zum Aufbau der Verteidigung Westeuropas beizutragen". Damit war die Remilitarisierung Westdeutschlands und seine Eingliederung in den aggressiven NATO-Pakt grundsätzlich und öffentlich beschlossen. Die amerikanischen Pläne, Deutschland zu spalten, seine westliche Hälfte in das westliche imperialistische System einzubeziehen und zu einem Aufmarschgebiet gegen den sozialistischen Osten zu machen, waren Wirklichkeit geworden. Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, Mc Cloy, gab in zynischer Offenheit bekannt: „Diese Beschlüsse bedeuten den neuesten Schritt in Richtung auf ein Ziel, für das wir seit 1945 ständig gearbeitet haben."

B. Brecht: Hoch zu Bonn am Rheine...

Hoch zu Bonn am Rheine sitzen zwei kleine
böse alte Männer, die die Welt nicht mehr verstehn,
zwei böse Greise, listig und leise
möchten gern das Rad der Zeit nochmals nach rückwärts drehn.

Schumacher, Schumacher, dein Schuh ist zu klein,
in den geht doch Deutschland gar nicht hinein!
Adenauer, Adenauer, zeig deine Hand —
um dreißig Silberlinge verkaufst du unser Land!

Hoch zu Bonn am Rheine träumen zwei kleine
böse alte Männer einen Traum von Blut und Stahl,
zwei böse Greise, listig und leise
kochten gern ihr Süppelein am Weltbrand noch einmal.

Schumacher, Schumacher...

aus: „Herrnburger Bericht", 1951

Der Konflikt Vietnam-Kambodscha und die Aggression Chinas gegen Vietnam haben innerhalb der linken Bewegung zu einer heftigen Diskussion geführt. Die Bourgeoisie stellt die angebliche, aber zum Teil eben auch tatsächliche Ratlosigkeit der Linken in ihrer Presse genüßlich fest. Auch die Leserbriefe an den „Roten Morgen" zeigen, daß es im Zusammenhang mit der Entwicklung in Südostasien eine Reihe von Unklarheiten gibt. Um die Haltung, die unsere Partei eingenommen hat, noch einmal zu erläutern und zu begründen, veröffentlicht der „Rote Morgen" in dieser und den folgenden Nummern einige Artikel, die sich mit der komplizierten Lage in Südostasien auseinandersetzen.

Ist Vietnam ein Vorposten Moskaus?

von Horst-Dieter Koch

Die chinesischen Revisionisten stellen ihren Angriff auf Vietnam als eine Aktion gegen das Vormachtstreben des sowjetischen Sozialimperialismus hin. Auch die Drei-Welten-Theoretiker hierzulande haben, um die chinesische Aggression als revolutionären Kampf gegen die sowjetische Expansion bejubeln zu können, Vietnam umstandslos zur sowjetischen Provinz erklärt.

Man muß sicher kein Anhänger der chinesischen Revisionisten sein, um angesichts der vielfältigen Beziehungen, die die vietnamesische Partei- und Staatsführung zu den sowjetischen Sozialimperialisten pflegt, die Frage aufzuwerfen, ob Vietnam nicht als ein Land betrachtet werden muß, das nahezu vollständig dem Einfluß und der Kontrolle des sowjetischen Sozialimperialismus unterliegt. Welche Fakten könnten zu dieser Einschätzung verleiten?

- Seit Juli 1978 ist Vietnam Mitglied im sogenannten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), der vollständig vom sowjetischen Sozialimperialismus kontrolliert wird.
- Im November 1978 schloß die vietnamesische Führung einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, der auch eine militärische Beistandsklausel enthält.
- Vietnam erhält umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung und Waffenlieferungen durch die sowjetischen Revisionisten.
- Die vietnamesische Führung hat in vielen Fragen die Großmachtpolitik der sowjetischen Sozialimperialisten gebilligt bzw.unterstützt.
- Die vietnamesische Parteiführung unterhält in den meisten Ländern Parteibeziehungen zu den revisionistischen Parteien.

Diese Tatsachen — und sicher ist die Aufzählung nicht vollständig — scheinen zunächst einmal die Annahme, Vietnam sei, etwa vergleichbar mit der DDR oder Bulgarien, ein Satellit Moskaus, zu bestätigen. Doch es gibt auch andere Tatsachen:

- Vietnam ist kein Mitgliedsstaat des Warschauer Paktes, des aggressiven, unter dem Kommando der sowjetischen Sozialimperialisten stehenden Militärblocks.
- Die vietnamesische Regierung hat das Ersuchen der Sowjetunion um sowjetische Militärstützpunkte in Vietnam bislang abgelehnt.
- Die vietnamesische Regierung hat es bislang ebenfalls abgelehnt, die vietnamesischen Seehäfen der sowjetischen Pazifikflotte zu öffnen; am 12. März dieses Jahres — also nach der chinesischen Aggression gegen Vietnam — liefen **zum ersten Mal** seit dem Ende des Vietnam-Krieges zwei sowjetische Kriegsschiffe einen vietnamesischen Hafen an.
- Die Kommunistische Partei Vietnams und die vietnamesische Regierung haben sich nicht an der sowjetrevisionistischen Hetzkampagne gegen Albanien beteiligt und sind nach wie vor offensichtlich um freundschaftliche Beziehungen zur Partei der Arbeit Albaniens und zum albanischen Staat bemüht.

Sicher ist auch die Aufzählung dieser Tatsachen, die belegen, daß Vietnam keineswegs in allen Fragen der Linie Moskaus folgt, nicht vollständig. Sie zeigen aber, daß jene, die wie die Pekinger Revisionisten Vietnam als verlängerten Arm Moskaus in Südostasien hinstellen, die Wahrheit keineswegs in den Tatsachen suchen, sondern die Realität verfälschen, damit sie in ihr Schema paßt. Wer sich an die Tatsachen hält, muß zu dem Schluß kommen, daß die Politik der vietnamesischen Führung widersprüchlich ist.

Ein altes vietnamesisches Sprichwort sagt: „Es ist besser, einmal zu sehen als hundertmal zu hören." Unsere Partei hat weder die Möglichkeit, sich im Land selbst zu informieren, noch können wir uns in ernsthaften Diskussionen mit Vertretern der vietnamesischen Partei ein Bild von den Auffassungen und der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Vietnams machen. Das ist nicht unsere Schuld, sondern Ergebnis der engen Zusammenarbeit der Führung der KP Vietnams mit den modernen Revisionisten. Unsere Partei kann nur die übersetzten offiziellen Dokumente der vietnamesischen Führung, die Berichte über Vietnam in der bürgerlichen Presse und die revisionistischen Stellungnahmen zu und über Vietnam lesen. Unter diesen Voraussetzungen ist es für unsere Partei nicht nur schwierig, sondern faktisch unmöglich, das gegenwärtige Regime in Vietnam, die Lage in der Kommunistischen Partei Vietnams und überhaupt die innere Situation in Vietnam konkret und umfassend einzuschätzen. Infolgedessen kann auch in diesem Artikel eine fundierte, umfassende und allseitige Einschätzung Vietnams nicht gegeben werden.

Ich will aber einige Überlegungen skizzieren, von denen ich glaube, daß sie unbedingt berücksichtigt werden müssen, um zu einer richtigen Beurteilung der Entwicklung Vietnams, der Angriffe des Imperialismus und des chinesischen Revisionismus auf Vietnam sowie der Versuche des sowjetischen Sozialimperialismus, Vietnam vollständig unter seine Kontrolle zu bekommen, zu gelangen.

Das Vermächtnis Ho Chi Minhs

Die Widersprüchlichkeit, die heute in der Politik der vietnamesischen Führung festzustellen ist, ist keine neue Erscheinung, sondern ist, wenn auch mit verschobenen Akzenten, charakteristisch für die Haltung der vietnamesischen Partei seit der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung durch die sowjetischen Revisionisten. Die vietnamesische Partei nahm im ganzen Verlauf des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus keine eindeutige und klare, sondern eine zwiespältige und schwankende Haltung ein.

Auf der einen Seite übernahm sie durchaus nicht alle ideologischen Positionen des Chruschtschow-Revisionismus. Sie nahm keine feindliche Haltung gegenüber der Partei der Arbeit Albaniens und auch nicht gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas ein. Sie machte auch die Verleumdungskampagne gegen Stalin nicht mit. Sie führte sogar auf theoretischer Ebene eine gewissen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus (zum Beispiel in der Frage des friedlichen Übergangs), ohne allerdings Chruschtschow und Konsorten beim Namen zu nennen.

Auf der anderen Seite nahm sie die modernen Revisionisten in Schutz, bestritt die Notwendigkeit des Bruchs mit den Chruschtschow-Revisionisten, trat für die „Einheit der kommunistischen Weltbewegung" ein und bekämpfte die notwendige Säuberung der kommunistischen Weltbewegung von den modernen Revisionisten als spalterisch.

In seinem am 10. 5. 1969 verfaßten Vermächtnis bringt Ho Chi Minh diese Haltung der vietnamesischen Partei klar zum Ausdruck:

„Zur kommunistischen Weltbewegung: Da ich mein ganzes Leben in den Dienst der Revolution gestellt habe, bin ich stolz auf das Erstarken der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Um so mehr schmerzt mich die gegenwärtige Uneinigkeit zwischen den Bruderparteien.

Möge unsere Partei ihre ganze Kraft einsetzen, um aktiv dazu beizutragen, daß die Bruderparteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, geleitet von Herz und Verstand, ihre Einheit wiederherstellen.

Ich glaube fest, daß sich die Bruderparteien und Bruderländer unbedingt wieder zusammenschließen werden."

Diese Haltung Ho Chi Minhs, der sich bekanntlich geweigert hat, in Moskau den Lenin-Orden in Empfang zu nehmen, entsprach keineswegs den sowjetischen Positionen. Aber sie entsprach auch weder der Realität in der kommunistischen Weltbewegung noch der Notwendigkeit und den Erfordernissen des weltweiten Kampfes der Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus. Objektiv hat diese Haltung der vietnamesischen Partei den sowjetischen Revisionisten zweifelllos genützt.

Wie schon gesagt, hat unsere Partei weder in die heutige noch in die damalige Situation innerhalb der vietnamesischen Partei irgendeinen Einblick. Dennoch ist es notwendig, die Frage aufzuwerfen, warum die vietnamesiche Parteiführung eigentlich diese Haltung einnahm, die Einheit mit den Renegaten am Marxismus-Leninismus aufrechtzuerhalten, obwohl sie in grundlegenden Fragen mit den Chruschtschow-Revisionisten offenkundig nicht einer Meinung war.

War es reiner Pragmatismus, wollte man einfach weder die Unterstützung der Sowjetunion noch die Chinas verlieren? Sicher eine mögliche Antwort, und vielleicht enthält auch sie einen Teil der Wahrheit. Aber ausschlaggebender für die Haltung der vietnamesischen Parteiführung war wohl die Sorge, die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung könne zu einer Spaltung der vietnamesischen Partei selbst führen; denn zweifellos war es so, daß es auch innerhalb der vietnamesischen Partei Anhänger Chruschtschows und Marxisten-Leninisten gab, wobei wir davon ausgehen müssen, daß die Gegner des sowjetischen Revisionismus stark mit China sympathisierten. Die Haltung der vietnamesischen Parteiführung erscheint so als Versuch, die gegensätzlichen Flügel in der Partei zufriedenzustellen, ein offenes Aufbrechen der Widersprüche in der Partei und vor allem eine Spaltung der Partei zu verhindern.

Soll man auf diese Balancepolitik den Bannstrahl des Opportunismus schleudern? Sicher ließen sich in den Büchern der Klassiker des Marxismus-Leninismus Zitate dafür finden. Aber man darf die konkrete Situation nicht außer acht lassen, daß die vietnamesische Partei an der Spitze der Volksmassen in einem erbarmungslosen Kampf auf Leben und Tod gegen den USA-Imperialismus stand. Man muß bedenken, welche Folgen eine Spaltung der vietnamesischen Partei für den Kampf gegen den USA-Imperialismus gehabt hätte: eine weitgehende Desorganisierung und Desorientierung der Volksstreitkräfte und der Einheitsfront wäre nahezu zwangsläufig die Folge einer Parteispaltung gewesen und hätte es den amerikanischen Aggressoren zweifellos ermöglicht, dem vietnamesischen Volk und der vietnamesischen Revolution verheerende Schläge zu versetzen.





Die chinesischen Revisionisten fallen dem vietnamesischen Volk in den Rücken. Auf dem Höhepunkt des amerikanischen Bombenterrors 1972 empfängt Mao den Kriegsverbrecher und Völkermörder Nixon.



Ho Chi Minh war ein hervorragender Führer des vietnamesischen Befreiungskampfes. Er weigerte sich, aus der Hand der Chruschtschow-Revisionisten den Lenin-Orden in Empfang zu nehmen.

Der chinesische Beitrag

Wenn das die Lage in der vietnamesischen Partei war, gehören nicht viel Phantasie und politischer Verstand dazu sich auszumalen, welche Auswirkungen die Entwicklung der chinesischen Politik auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der vietnamesischen Partei haben mußten. Maos Händedruck mit dem Kriegsverbrecher Nixon auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges war ein Faustschlag gegen die antirevisionistischen Kräfte in der vietnamesischen Partei. Die gegen den sowjetischen Revisionismus eingestellten Kräfte in der vietnamesischen Partei galten sicherlich als Sympathisanten und Freunde der Kommunistischen Partei Chinas und Mao Tse-tungs. Jetzt söhnten sich die KP Chinas, die chinesische Regierung und Mao Tse-tung mit dem Todfeind des vietnamesischen Volkes aus. Einst hatten die Chruschtschow-Revisionisten versucht, auf die vietnamesische Partei Druck auszuüben, um diese zu bewegen, den Weg der Verständigung und der Kompromisse mit dem amerikanischen Imperialismus zu beschreiten. Die vietnamesische Partei aber hielt an der Linie des Volkskrieges zur Befreiung des Landes fest. Jetzt versuchten die chinesischen Revisionisten das gleiche. All das kann nur den Einfluß der Marxisten-Leninisten in der vietnamesischen Partei untergraben und die Stellung der Parteigänger des sowjetischen Revisionismus gestärkt haben.

Natürlich arbeiteten die sowjetischen Revisionisten nicht weniger offen mit dem USA-Imperialismus zusammen. Nur hatten Mao Tse-tung und die Führung der KP Chinas diese Politik der Chruschtschow-Revisionisten als konterrevolutionär gebrandmarkt. Sie täten dies unter der Flagge des Kampfes gegen den modernen Revisionismus für die Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Die sowjetischen Revisionisten hatten dagegen stets behauptet, die chinesische Führung würde nur aus nationalistischen und chauvinistischen Motiven die KPdSU und die Sowjetunion angreifen und die kommunistische Weltbewegung spalten. Indem die chinesische Führung nun selbst wie die Chruschtschow-Clique Kollaboration mit dem USA-Imperialismus betrieb, bestätigte sie, daß es ihr nicht um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, sondern um ihre nationalistischen und chauvinistischen Interessen ging, wie es die Chruschtschow-Revisionisten stets behauptet hatten.

Schließlich gingen die chinesischen Revisionisten offen dazu über, Druck auf Vietnam auszuüben. Sie benutzten dazu



Zum 25. Mal jährt sich die historische Schlacht von Dien Bien Phu (13. März bis 7. Mai 1954). Die vietnamesischen Streitkräfte besiegten die französischen Aggressoren. Unser Bild: Einheiten der Fremdenlegion kapitulieren.



Ein kleines Volk besiegt im Volkskrieg eine Supermacht. Im April 1975 ist die Niederlage des USA-Imperialismus besiegelt. Unser Bild: Hals über Kopf fliehen die amerikanischen Aggressoren.



In den frühen Morgenstunden des 17. Februar dieses Jahres überschritten chinesische Invasionstruppen in breiter Front die Grenzen Vietnams. Unser Bild: Angehörige der vietnamesischen Volksmiliz führen gefangene chinesische Eindringlinge ab.

die an Vietnam gewährte „Hilfe", ebenso wie die chinesische Minderheit in Vietnam und das Pol-Pot-Regime in Kambodscha. Ausgerechnet in Amerika stieß Deng Xiaoping offene Drohungen gegen Vietnam aus, denen die brutale militärische Aggression gegen Vietnam auf dem Fuß folgte.

Diese ganze den Interessen des Imperialismus dienende, chauvinistische und vietnamfeindliche Politik der chinesischen Führung stärkte zweifellos die opportunistischen, bürgerlichen und prosowjetischen Kräfte in der vietnamesischen Partei- und Staatsführung, schadete dem Ansehen der revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte, schwächte ihren Einfluß und brachte sie in eine schwierige Lage. Sie beschleunigte die stärkere Anlehnung der Politik der vietnamesischen Führung an die des sowjetischen Sozialimperialismus: Dem brutalen Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu Vietnam durch die chinesischen Revisionisten folgte der Eintritt Vietnams in den RGW, dem offen gegen die Sowjetunion gerichteten chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrag folgte der Abschluß des vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages, zu dem Breschnew die vietnamesische Führung schon seit langem drängte.

Um es zusammenzufassen: Die chinesischen Revisionisten, die heute am lautesten darüber krakeelen, daß Vietnam angeblich ein vorgeschobener Posten der sowjetischen Aggression in Südostasien sei, tragen mit die größte Verantwortung für den wachsenden sowjetischen Einfluß auf Vietnam.

Von den chinesischen Revisionisten wurde mit Unterstützung der internationalen Reaktion viel Geschrei über die Behandlung der chinesischen Minderheit in Vietnam gemacht. Der vietnamesischen Regierung wurde Rassismus und Chauvinismus bei der Behandlung der chinesischen Minderheit vorgeworfen. Ein beträchtlicher Teil der chinesischen Minderheit in Vietnam gehörte in der alten Gesellschaft zu den Ausbeutern des Volkes, waren kleine und mittlere Handelskapitalisten, kontrollierten den Schwarzmarkt usw. Es ist im Interesse der breiten Massen des vietnamesischen Volkes, auch der armen Angehörigen der chinesischen Minderheit, diesen Kapitalisten ihre ökonomische Macht und ihre Privilegien zu nehmen. Die chinesischen Revisionisten aber beurteilen die Frage nicht in dieser Weise vom proletarischen Klassenstandpunkt aus. Die chinesischen Stellungnahmen zu diesem Problem kennen keine Ausbeuter und Ausgebeuteten, sondern nur Chinesen. Offen haben die chinesischen Revisionisten die chinesische Minderheit in Vietnam aufgehetzt, um sie als fünfte Kolonne für ihre Aggression gegen Vietnam zu mißbrauchen.

Die imperialistische Propaganda und die chinesischen Revisionisten reden viel über das angebliche vietnamesische Hegemoniestreben. Laos, so wird erklärt, stehe bereits unter vietnamesischer Vorherrschaft. Vietnam strebe eine indochinesische Konföderation (bestehend aus Vietnam, Laos und Kambodscha) unter seiner Vorherrschaft an. Nun ist diese indochinesische Konföderation keineswegs eine Erfindung der gegenwärtigen vietnamesischen Führung, sondern war Programmpunkt der Kommunistischen Partei Indochinas, die bis 1951 bestand. Die vietnamesische Führung hat in der letzten Zeit wiederholt erklärt, daß sie keine indochinesische Konföderation anstrebe.

Will man die engen Beziehungen Vietnams zu Laos beurteilen, muß man berücksichtigen, daß zwischen dem laotischen und vietnamesischen Volk und zwischen den Kommunisten beider Länder seit Jahrzehnten, bereits im Kampf gegen den französischen Kolonialismus und den USA-Imperialismus äußerst enge Beziehungen bestehen. Und auch für die militärischen Aktionen Vietnams gegen das Pol-Pot-Regime sind andere Motive denkbar als das der Einverleibung Kambodschas.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: es geht nicht darum, die Politik Vietnams zu verteidigen. Die opportunistischen Positionen in der offiziellen vietnamesischen Politik müssen entschieden verurteilt werden. Ich denke, auch nicht daran zu behaupten, daß die vietnamesische Führung oder ein Teil von ihr keine chauvinistischen Ambitionen hat.

Nur: Wenn man von Hegemoniebestrebungen in Südostasien spricht, kann es nicht in erster und auch nicht in zweiter und dritter Linie um solche (angeblichen oder tatsächlichen) Vietnams gehen. Wer kämpft in Südostasien um Hegemonie? Das ist der USA-Imperialismus, der sich niemals mit dem Verlust seiner Bastionen in dieser Region der Erde abgefunden hat und abfinden wird.

Das Bündnis mit China und die Achse Washington-Peking-Tokio sollen ihm helfen, die Völker Indochinas um die Früchte ihres langjährigen heldenhaften Befreiungskampfes und wieder unter seine Fuchtel zu bringen. Um Vorherrschaft in Südostasien kämpft der sowjetische Sozialimperialismus, der vor allem versucht, Vietnam und Laos vollständig unter seine Kontrolle zu bringen, und die Führung Vietnams macht seinen expansionistischen Bestrebungen offensichtlich große Zugeständnisse. Und auch die chinesischen Großmachtchauvinisten, die davon träumen, China zur imperialistischen Supermacht zu machen, wollen die Vorherrschaft in Südostasien. Die letzten Zweifel daran sollte die brutale Aggression gegen Vietnam beseitigt haben.

Jene angeblich antiimperialistischen Kräfte, die ihren sogenannten antihegemonistischen Kampf ausgerechnet gegen Vietnam richten, unterstützten in Wirklichkeit die aggressiven Pläne des USA-Imperialismus und Chinas und nehmen damit eine reaktionäre, gegen die Völker Indochinas gerichtete Haltung ein.

Antihegemonistischer Kampf gegen Vietnam?

Wie schon gesagt, ist unsere Partei aufgrund mangelnder Informiertheit nicht in der Lage, die innere Entwicklung in Vietnam vom marxistisch-leninistischen Standpunkt aus zuverlässig einzuschätzen. Aber sicher gibt es wenig Anlaß zu glauben, daß opportunistische Positionen in der Außenpolitik nicht mit opportunistischen Positionen in der Innenpolitik gepaart sein sollten. Doch auch hier gilt es, sich davor zu hüten, der imperialistischen Propaganda gegen Vietnam auf den Leim zu gehen.

Nehmen wir zum Beispiel die offenkundig vom Imperialismus und den chinesischen Revisionisten gesteuerte „Flüchtlingskampagne". Diese „Flüchtlinge" sind keineswegs, wie es die imperialistische Propaganda und die chinesischen Revisionisten suggerieren wollen, ein Beweis für ein „Terrorregime" in Vietnam. Es ist absurd zu glauben, diese sogenannten Flüchtlinge, die auch nach den bürgerlichen Darstellungen hohe — für vietnamesische Verhältnisse ungeheuer hohe — Geldbeträge für ihre Schiffspassagen hinblättern, seien repräsentativ für die vietnamesischen Volksmassen. Ist es nicht verständlich — eigentlich selbstverständlich —, daß es in Südvietnam eine große Zahl reaktionärer Elemente gab, die mit dem USA-Imperialismus kollaboriert haben, auf dem Rücken des Volkes reich geworden sind und sich schließlich nach der Befreiung des Landes nicht in Luft aufgelöst haben? Nur Spießer können glauben, diese konterrevolutionären, vom Imperialismus völlig korrumpierten Elemente könnten allesamt umerzogen werden. Es ist gut und nicht schlecht für das vietnamesische Volk, wenn wenigstens ein Teil dieser Reaktionäre das Land verlassen hat.

Solidarität mit Vietnam?

Unsere Partei verurteilt entschieden die opportunistischen Positionen in der Politik der vietnamesischen Führung, vor allem die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus. Wir haben die militärischen Aktionen Vietnams gegen das Pol-Pot-Regime nicht unterstützt und verurteilen sie, obwohl wir dem Terrorregime Pol Pots keine Träne nachweinen. Aber das kann uns nicht daran hindern, gegenüber Vietnam eine solidarische Haltung einzunehmen.

Unter der Führung der Kommunisten hat das vietnamesische Volk im langdauernden Volkskrieg die USA-Imperialisten verjagt. Das vietnamesische Volk und die vietnamesischen Kommunisten haben damit einen unvergänglichen Beitrag zum Kampf gegen den Imperialismus geleistet. Die vollständige Befreiung Vietnams vom USA-Imperialismus ist noch keine vier Jahre her. Ist die vietnamesische Revolution beendet und 'gescheitert? Ist Vietnam endgültig zu einem revisionistischen und kapitalistischen Land entartet? Ist Vietnam nun, nachdem es sich von der blutigen Herrschaft des französischen Kolonialismus und des USA-Imperialismus befreit hat, durch den sowjetischen Sozialimperialismus versklavt?

Ich meine, daß diese Gefahr besteht und daß die opportunistischen Positionen in der vietnamesischen Politik ihr Vorschub leisten. Zweifellos sieht die vietnamesische Revolution sich großen Schwierigkeiten gegenüber: den Angriffen des USA-Imperialismus und der chinesischen Großmachtchauvinisten, der Bedrohung durch den sowjetischen Sozialimperialismus und den opportunistischen Positionen in den eigenen Reihen. Aber das Schicksal der vietnamesischen Revolution ist noch nicht entschieden. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Vietnam vom sowjetischen Sozialimperialismus versklavt ist. Die Politik der vietnamesischen Regierung ist nicht die eines Marionettenregimes. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die vietnamesische Führung nach dem chinesischen Einmarsch mehrfach betont hat, Vietnam sei in der Lage, aus eigner Kraft die chinesische Aggression zurückzuschlagen und die Sowjetunion nicht zum militärischen Eingreifen aufgefordert hat.

Das berechtigt zu der Annahme, daß es auch innerhalb der Kommunistischen Partei Vietnams Kräfte gibt, die die vom sowjetischen Sozialimperialismus ausgehende Bedrohung erkennen und gegen sie kämpfen. Unsere Partei bezeichnet Vietnam nicht als sozialistisches Land, aber auch nicht als revisionistisch oder kapitalistisch. Natürlich gibt es zwischen Sozialismus und Kapitalismus keinen mittleren Weg. Aber zweifellos kann es in der Entwicklung der Revolution in einem Land eine Situation geben, in der der Kampf um die Frage, ob der kapitalistische oder der sozialistische Weg eingeschlagen wird, noch nicht entschieden ist. Vieles spricht dafür, daß eine solche Situation in Vietnam besteht und daß ein solcher Kampf in Vietnam stattfindet.

Die Haltung unserer Partei zu Vietnam ist die der kämpferischen Solidarität mit der vietnamesischen Revolution. Das bedeutet:

- Solidarität mit Vietnam gegen alle Angriffe des USA-Imperialismus und anderer imperialistischer Mächte;
- Solidarität mit Vietnam gegen die Versuche des sowjetischen Sozialimperialismus, Vietnam seiner Kontrolle zu unterwerfen und zu versklaven;
- Solidarität mit Vietnam gegen die Aggression der chinesischen Chauvinisten;
- Solidarität mit der vietnamesischen Revolution heißt aber auch, opportunistischen Positionen der vietnamesischen Führung, die große Gefahren für die Revolution mit sich bringen, zu kritisieren und zu verurteilen.

Aus aller Welt

Generalstreik auf Capri

Capri. 5. 5. 1979. Am vorletzten Samstag sind alle 13000 Einwohner der italienischen Insel Capri in einen auf 24 Stunden befristeten Generalstreik getreten. Die Bürger, die einem Aufruf von drei Gewerkschaften folgten, fordern eine Erweiterung des Inselkrankenhauses, das nur etwa 50 Patienten aufnehmen kann. In Marina Grande, dem Hafen der Insel, blockierten Boote jeglichen Verkehr von und nach Capri. Fast alle Geschäfte und Restaurants blieben geschlossen.

Neue Proteste in Longwy

Longwy. Trotz massenhafter, auch internationaler Proteste versuchen die französischen Stahlbarone, zahlreiche Kollegen in andere Betriebe zu versetzen, um ihr massives Rationalisierungsprogramm durchziehen zu können. Eine Gruppe von Stahlkochern nahm kurzerhand zwei leitende Angestellte des größten Stahlbetriebs am Ort als Geiseln und hielten sie eine Schicht lang fest, um ihren Protest gegen die Maßnahmen der Kapitalisten zu demonstrieren.

Erpressung

Stockholm. Voraussichtlich Ende März wird in Schweden eine Volksabstimmung über die weitere Nutzung der Kernenergie stattfinden. Falls das Volk sich gegen den Bau von AKWs stellen sollte, so Schwedens Energieminister Carl Tham, werde er eine Sondersteuer erheben. Offenbar sitzt ihm der Entscheid der österreichischen Bevölkerung gegen das Atomprogramm Kreiskys derart in den Knochen, daß er sich zu solch niederträchtigen Maßnahmen hinreißen läßt.

Schlesinger soll zurücktreten



Washington. Über 100000 Menschen versammelten sich vor dem Capitol der amerikanischen Hauptstadt, um gegen das Atomprogramm der Carter-Administration zu protestieren. Insbesondere wurde der sofortige Rücktritt des Energieministers Schlesinger gefordert. Ein Großteil der Demonstranten kam aus dem Katastrophengebiet um Harrisburg. Prominenteste Teilnehmerin war die Filmschauspielerin Jane Fonda (siehe auch „Zitat der Woche". Seite 2).

Zionistischer Bombenterror gegen Zivilisten

Letzte Woche flog die israelische Luftwaffe einen erneuten Terrorangriff gegen ein palästinensisches Flüchtlingslager im Norden des Libanon. Insgesamt kamen bei dem etwa fünfzehnminütigen Einsatz 30 Menschen ums Leben.

Wie ein PLO-Sprecher betonte, beschossen die zionistischen Angreifer ausschließlich zivile Einrichtungen des Lagers. Rundfunkmeldungen zufolge wurde auch ein Haus getroffen, in dem eine Hochzeitsfeier stattfand.

Die zionistischen Aggressoren verstärkten ihre Bemühungen, die nationale Einheit des Libanons zu untergraben, um sich einen nördlichen Vorposten zu schaffen. Nachdem der zionistische Agent Haddad im Süden des Libanons einen Separatstaat geschaffen hat, kündigten nun die christlichen Milizen an, Zentrallibanon samt einem Teil Beiruts aus dem libanesischen Nationalverband herauszulösen und unter zionistische Kontrolle zu stellen.

Mitverantwortlich für diese Politik der Aggression und Diversion ist Sadat, der den Israelis durch den Abschluß des Separatfriedens im Süden den Rücken freihält und nach Kräften versucht, das arabische Lager durch Spaltung zu schwächen.

Zunehmend wehren sich die israelischen Werktätigen gegen das zionistische Unterdrückerregime. In der letzten Woche traten rund 40000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in einen dreitägigen Lohnstreik.



Die Genossen Mehmet Shehu (sitzend, zweiter von links) und Ramiz Alia (sitzend, vierter von links) statten den vom Erdbeben betroffenen Gebieten einen Besuch ab.

Erdbeben in Albanien

Fortsetzung von Seite 8

Partei nimmt uns allen Schmerz. Sie sorgt sich um uns sofort wie eine Mutter. Sie brachte uns noch am selben Tag Matratzen und Decken, stellte uns das Zelt auf, ja sogar mit dicken Brettern wurde es ausgelegt, damit wir uns nicht erkälten."

Sie geht zum Zelt, streift ihre Sandalen ab, tritt auf den Teppich und kommt mit einer Schale Bonbons wieder. Sie bietet sie reihum jedem von uns an und entschuldigt sich dabei, daß sie uns nicht mehr anbieten kann. Wir sind zutiefst gerührt.

„Doch bitte, setzt euch doch einen Augenblick", lädt sie uns ein. Als wir uns, bevor wir eintreten, die Schuhe ausziehen wollen, protestiert sie heftig. So treten wir mit unseren Dreckschuhen auf den schönen Teppich. „Wenn wir zusammenrücken, finden alle Platz." Und dann sitzen wir zwanzig Mann hoch auf den drei Betten im Zelt. Sie berichtet uns weiter von der Solidarität, die ihr von den Dorfbewohnern, von überall her entgegengebracht wurde. Sie beschreibt, wie auf diese Weise der Schmerz um den Verlust ihrer geliegten Tochter Dafine verging und sich in Stärke verwandelte.

Immer wieder dankt sie der Partei und ihrer Fürsorge. Sie erzählt, was sie von den Zuständen gehört hatte, als Shkodra 1905 schon einmal von einem Erdbeben betroffen war. Monatelang, jahrelang wehklagten die Menschen, wußten nicht ein noch aus, waren dem Schicksal überlassen. Seuchen griffen um sich. Sie fühlt sich der Partei und ihren Mitmenschen zu Dank verpflichtet, daß es heute anders ist. Sie betont, daß sie alle gemeinsam nicht nur möglichst schnell sämtliche Schäden beheben, sondern auch die Planaufgaben in der Landwirtschaft erfüllen werden. Manchem von uns stehen die Tränen in den Augen, so beeindruckt uns diese Frau. Als eine Genossin die Tränen nicht mehr zurückhalten kann, nimmt diese heldenhafte junge Mutter sie in den Arm und spricht ihr Mut zu. Als wir uns dann verabschieden, wissen wir, daß uns diese Mutter der kleinen Dafine als Sinnbild des tapferen, parteitreuen neuen Menschen des sozialistischen Albanien in unauslöschlicher Erinnerung bleiben wird. An ihr haben wir erlebt, wie die Losung stimmt, die wir in diesen Tagen immer wieder gelesen und gehört haben: **„Das Erdbeben erschüttert unsere Berge, aber nicht unsere Herzen."**

In einem wirklich sozialistischen Land wie Albanien, wo die Einheit des Volkes um die Partei unzerstörbar ist, leben und handeln alle nach der revolutionären Devise: Einer für alle, und alle für einen!"

Zu Recht stolz wird das albanische Volk in diesem Herbst sein großes Jubiläum, den 35. Jahrestag der Befreiung und des Siegs der Volksrevolution feiern. Die Spuren des Erdbebens werden bis dahin mit Sicherheit längst beseitigt sein. Davon haben wir uns bei diesem Besuch überzeugt.

Vielen Menschen ist der alljährliche Muttertag eine liebgewordene Einrichtung. Wer aber weiß etwas über seine Geschichte und Hintergründe?

Stichwort Muttertag

Alle Jahre wieder, wenn der Mai heranrückt, weisen Werbespots im Fernsehen „dezent" auf das anstehende festliche Ereignis hin. Ob die werbende Firma nun in Pralinen, Haushaltselektrika oder Seifen macht — sie verspricht sich von dem anstehenden Muttertag auf jeden Fall ein Geschäft.

Wer allerdings glaubt, daß die Muttertags-Geschäftemacherei eine Erfindung erst der allerletzten Jahre ist, irrt sich. Der Muttertag ist von Anfang an ein Produkt des Geschäftssinns findiger Bürger gewesen.

In Deutschland war es der „Reichsverband der Blumengeschäfte", der sich nach dem ersten Weltkrieg für die Einführung des zur Rede stehenden Festtags stark machte. Er förderte und unterstützte die Initiative des pensionierten Schuldirektors Knauer aus Berlin zur Einführung eines „Allgemeinen Deutschen Müttertages". Die Bemühungen zeigten schon bald Erfolge. Am 13. 5. 1923 wurde erstmals in Deutschland ein Muttertag gefeiert.

Ein wahrhaftig blutiges Geschäft mit dem Muttertag zu treiben, blieb den deutschen Nazis vorbehalten. Sie benutzten diesen Tag, um die Mütter propagandistisch in ihre Kriegspolitik einzubauen und ihnen ihre Rolle im Kriegsgemetzel etwas zu verzieren. Sie betrachteten die Mütter als Gebärmaschinen, als Materiallieferanten und Nachschubproduzenten für die Schlachtbänke des zweiten Weltkriegs. Die Nazis waren es auch, die den jeweils zweiten Sonntag im Mai zu einem offiziellen Festtag, eben jenem Muttertag erklärten.

Der Muttertag ist für Mütter jeden Alters und ihre Kinder und Männer zu einer gewohnten und beliebten Festlichkeit geworden. Leider ist dieser Tag auch ein Symbol für die Ausnutzung und Korrumpierung guter und aufrichtiger menschlicher Gefühle.



Beim Kampf ums Benzin wurde in Pasadena (Kalifornien) ein Mann angefahren und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Kalifornische Benzinkrise

In Kalifornien, wo in der letzten Woche der Benzinverkauf um 10 Prozent rationiert wurde, kam es an den Tankstellen zu chaotischen Zuständen. Vor den Zapfsäulen, wo sich in langen Schlangen die Autos stauten, waren handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen den Wartenden an der Tagesordnung.

Eine schwangere Frau wurde von einem Mann zusammengeschlagen, weil sie sich nach seiner Meinung vorgedrängt hatte. In Hollywood hielt ein Mann die vor den Zapfsäulen wartende Menge mit einem Revolver in Schach, während er seinen Wagen volltankte. Aus mehreren Orten wurden Messerstechereien gemeldet. Schon am ersten Tag der Benzinrationierung wurden mindestens 40 Personen mit Benzinvergiftungen in die Krankenhäuser eingeliefert; sie hatten versucht, mit Schläuchen Benzin aus den Autotanks anzusagen. Die Angst, das getankte Benzin könnte aus dem Benzintank von Dieben abgezapft werden, ist allgemein: Abschließbare Tankdeckel sind in Kalifornien ausverkauft.

Die Vorfälle in Kalifornien zeigen anschaulich, daß die innere Struktur der kapitalistischen Gesellschaft das Chaos, der Kampf aller gegen alle ist. Hinter den glitzernden Fassaden eines San Francisco, eines Los Angeles, eines San Diego regieren die Angst und die Brutalität, und ein verhältnismäßig kleiner Anlaß wie die „Benzinknappheit" genügt, um eine Panik auszulösen.

Das Wort Benzinknappheit steht deshalb in Anführungsstrichen, weil von einem wirklichen Mangel an Benzin nicht die Rede sein kann. Tanker bringen aus Alaska mehr Rohöl nach dem Süden, als die Raffinerien verkraften könnten. Die kalifornische Benzinkrise ist künstlich hervorgerufen worden. Sie wird gemacht von den Ölkonzernen, denen die aus dem Benzingeschäft herrührenden Profite noch zu gering sind und die das von ihnen geschaffene Klima der Hysterie nun benutzen, um den Benzinpreis zu erhöhen.

Die beiden Autofahrer, die sich vor den Zapfsäulen um einen besseren Platz in der wartenden Kolonne schlagen, haben, egal wie ihr Kampf ausgeht — von vornherein schon verloren. Die Sieger sind die Ölkonzerne. An den kalifornischen Tankstellen werden für das Benzin mittlerweile Preise verlangt und bezahlt, die vor kurzem in den USA noch undenkbar waren.

Herstatt-Prozeß am Schwimmen

Bei dem Kölner Prozeß gegen die Herstatt-Banditen ist die „Verhandlungsunfähigkeit aus Krankheitsgründen" erwartungsgemäß wirksam geworden. Gegen den Chef-Devisenhändler Dany Dattel wird nun in dem laufenden Prozeß überhaupt nicht mehr verhandelt. Sein Verfahren wurde abgetrennt und vorläufig eingestellt. Der Bankier Iwan D. Herstatt ist wegen einer „Herzinsuffizienz" für mindestens einen Monat nicht verhandlungsfähig.



Sonntag, 20. Mai, 21.45 Uhr, Hessen III
Chotard & Co. Französischer Spielfilm aus dem Jahr 1933. Regie: Jean Renoir.

Montag, 21. Mai, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
KLK an PTX — Die Rote Kapelle (1. Teil). Spielfilm der Defa (1971) über den Kampf der Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack gegen das Hitler-Regime.

Montag, 21. Mai, 21.15 Uhr, WDR III
In den Sümpfen. Amerikanischer Spielfilm aus dem Jahr 1941. Regie: Jean Renoir.

Dienstag, 22. Mai, 19.00 Uhr, WDR III
Die Jagd nach Josef Mengele. Auf den Spuren des KZ-Arztes. Dokumentation von Michael Beckham und John Ware.

In einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung" vom 13. Dezember 1978 heißt es: „Der frühere SS-Hauptsturmführer und KZ-Arzt von Auschwitz, Josef Mengele, soll in Paraguay unter Staatschef General Stroessner als ‚Sonderberater der Polizei' gedient haben. (...) Mengele soll der Polizei dabei geholfen haben, jene paraguayischen Indianer auszurotten, die auf mineralhaltigem Land lebten."

Dienstag, 22. Mai, 20.15 WDR III
Gleisdreieck Duisburg. Film von Jürgen Roth, Malte Rauch und Anett Krämer über die Duisburger Elendssiedlung Gleisdreieck. Motto: „Wir sind nicht aus Übermut hier, sondern aus Armut."

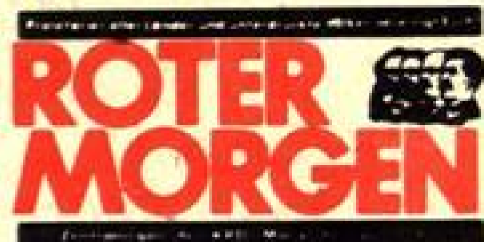
Dienstag, 22. Mai, 20.15 Uhr, Hessen III
In den Sümpfen. USA 1941. Regie: Jean Renoir.

Donnerstag, 24. Mai, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
KLK an PTX —Die Rote Kapelle (2. Teil).

Donnerstag, 24. Mai, 20.15 Uhr, Hessen III
Schichtwechsel. Fernsehspiel des Arbeiterschriftstellers Max von der Grün aus dem Jahr 1968. Regie: Hans Dieter Schwarze.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... **Datum:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 60,—** ○ halbjährlich **DM 30,—**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

5100 **AACHEN,** Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201/ 624299, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 771200, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.